

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Breslau, Dienstag, 8. März 1892.

3. Jahrgang.

### Das Schulwesen nach dem Herzen der Ultramontanen.

Br. G. Daß unser Volksschulwesen unter kapitalistischer Vorherrschaft durchaus nicht viel besser werden würde als es ist, und daß es gegenwärtig unter steter Duldung und feindlicher Zustimmung der Vertreter des Liberalismus ohnehin schon ganz dem religiösen Obskurantismus unterworfen ist, darüber sind wir einig. Daß aber die Ultramontanen die bestehenden Zustände unseres Volksbildungswesens noch sehr viel verschlechtern würden und da bereits in unglaublicher Weise verschlechtert haben, wo sie an der Regierung sind, das zu zeigen dürfte gerade jetzt an der Zeit sein.

In Belgien sind bereits seit einer Reihe von Jahren die Ultramontanen die regierende Partei. Die Führer der kirchlichen Partei in Belgien haben nun in neuester Zeit ganz offen in ihrem Hauptorgan, dem „Journal de Bruxelles“ die Hoffnung ausgesprochen, die im belgischen Schulwesen zur Verwirklichung gelangten Grundsätze würden jetzt auch in Preußen herrschend werden.

Das fehlte allerdings noch. Betrachten wir uns einmal das belgische Schulwesen, wie es sich in unserem Jahrhundert entwickelt hat und wie es heute ist, und seine „Grundsätze“ etwas näher.

Das Volksbildungswesen hatte in dem durch den Wiener Kongreß neu geschaffenen Königreich der Niederlande einen hoffnungsvoll scheinenden Anlauf genommen, indem die niederländische Regierung auch hier das Schulgesetz der ehemaligen batavischen Republik eingeführt hatte. Nach diesem Gesetz befand sich das Schulwesen ausschließlich in der Hand des Staates. Ohne Genehmigung der Regierung durfte keine Schule er-

richtet werden, alle Schulen standen unter ihrer Aufsicht, die Lehrer wurden ausnahmslos von ihr geprüft und ernannt. Die Geistlichkeit war von jedem Einfluß auf die Schule ausgeschlossen; Religions-Unterricht wurde in dieser nicht erteilt, die Geistlichen gaben ihn entweder in ihren Häusern oder in der Kirche.

Man kann sich denken, daß die katholische Kirche mit solchen Schulzuständen nicht einverstanden war. Der Klerus hegte das in den Geisteseffeln des Aberglaubens festgeschmiedete Volk nach Kräften auf und beteiligte sich in der Hoffnung, schlechter Schulverhältnisse herbeiführen zu können an der Revolution Belgien welche die Begründung des Königreichs zur Folge hatte.

In Belgien kam zunächst der Kapitalismus zur Regierung, dessen höchstes Ideal bekanntlich die „Freiheit“ und zwar die Freiheit der Konkurrenz darstellt. Die liberale Verfassung Belgiens erklärte daher den Unterricht für frei und jede Maßregel, welche darauf abgezielt hätte, das Schulwesen zu Gunsten der Gesamtheit zu ordnen, für unzulässig. Die Folge war, daß viele öffentliche Schulen eingingen. Sofort wurden von den kirchlichen Schulorden zahlreiche, für die ärmeren Klassen unentgeltliche Schulen errichtet, über welche nicht einmal eine staatliche Aufsicht bestand. Erst im Jahre 1842 kam es zu einer notdürftigen gesetzlichen Regelung. Der Staat räumte der Kirche das Recht ein, in den öffentlichen Schulen den Religionsunterricht zu erteilen und auch den übrigen Unterricht zu beeinflussen. Dafür tat die Geistlichkeit, als ob sie bereit sei, diese ihre „freien“ Schulen dem Aufsichtsrat des Staates zu unterwerfen, in Wirklichkeit aber geschah nichts weiter, als daß die kirchlichen Schulen aus-

öffentlichen Mitteln Zuschüsse einbrachten. Von den zu Anfang 1869 insgesamt vorhandenen 5641 öffentlichen und „freien“ Schulen standen 4296 unter Staatsaufsicht, 3760 waren Gemeindeschulen. Der Unterricht, zumal in den „freien“ Schulen, war ein äußerst dürftiger; außer Katechismus und biblischer Geschichte wurde nur etwas Lesen und Schreiben gelehrt. Bei der im Jahre 1866 vorgenommenen Volkszählung stellte sich heraus, daß 42 Prozent der über 7 Jahre alten Einwohner nicht lesen und schreiben konnten. Noch im Jahre 1882 ergab die Prüfung der in diesem Jahre ausgehobenen Rekruten nahezu 16 pCt. Analphabeten.

Es ist charakteristisch auch für die Liberalen in Belgien, daß sie im Jahre 1879 zwar ein neues angeblich liberales Schulgesetz durchsetzten, daß dadurch aber die Schulverhältnisse im Allgemeinen durchaus nicht gebessert wurden. Nach dem liberalen Schulgesetze sollte jede Gemeinde eine öffentliche Schule errichten und unterhalten. Der Unterricht in den öffentlichen Schulen sollte völlig konfessionslos sein; die Religionslehre wurde aus der Zahl der obligatorischen Fächer gestrichen, doch sollte es dem Geistlichen erlaubt sein, vor oder nach dem Unterricht den Kindern derjenigen Eltern, welche es wünschten, im Schullokale Religionsunterricht zu erteilen. Weigerte sich der Geistliche, in dieser Weise Religionsunterricht zu geben, oder wurde ihm wegen Angriffen auf die Institutionen des Landes die Befugnis dazu entzogen, dann sollte auch der Lehrer zur erteilung von Religionsunterricht befugt sein. Ein gesetzlicher Zwang zum Besuch der öffentlichen Schulen wurde jedoch nicht ausgesprochen. Die Befugnis zur Errichtung „freier“ Schulen blieb völlig uneingeschränkt.

Das hätte sich die katholische Kirche gewiß gefallen lassen können, aber die Geistlichkeit begriff, daß sie noch

### Die Sägerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Schaut! er tragt sich schon sein Grab!“ flüsterte der kleine Mensch und wackte damit den Doktor aus seinem Hinstarren auf den Kranken. So, gerade so, hatte sich dieser den Chevalier de Planto gedacht; dieses tödliche graue Auge, diese unheilverkündenden Züge, diese dürre, gespensterhafte Figur — es war hier alles, was die Sägerin von jenem schrecklichen Mann gesagt hatte. Doch er besann sich, kam er denn nicht schon eben von der Verhaftung jenes Chevaliers? Könnte nicht ein anderer Mann auch graue Augen haben? War es zu verwundern, daß ein Kranker abgefallen und bleich war? Der Doktor lachte sich selbst aus, fuhr mit der Hand über die Stirne, als wolle er diese Gedanken hinwegwischen, und trat an das Bett. — Doch, noch nie hatte er in so langen Jahren am Bette eines Kranken Grauen und Furcht gefühlt — hier, es war ihm unerklärlich, hier besiel ihn eine Beengung, ein Schauer, den er umsonst abzuschütteln suchte, und er fuhr unwillkürlich zurück, als er die feuchte, kalte Hand in der seinigen fühlte, als er lange umsonst nach einem Puls suchte.

„Der dumme Kerl“, rief der Kranke mit heiserer Stimme, indem er bald Französisch, bald schlechtes Italienisch und gebrochenes Deutsch untereinander warf,

„der dumme kleine Kerl hat mir, glaube ich, einen Doktor gebracht. Sie werden mir verzeihen, ich habe nie viel von Ihrer Kunst gehalten. Das einzige, was mich heilen kann, sind die Bäder von Genua; ich habe der hete schon befohlen, daß es mir Postpferde bestelle; ich werde heute Nacht noch abfahren.“

„Freilich wird er abfahren“, murmelte der kleine Mensch; „aber mit sechs kohlschwarzen Kappen, und nicht nach Genua, wo der selige Fiesto ertrunken, sondern dahin, wo Heulen und Zähneklappern.“

Der Doktor sah, daß hier wenig mehr zu machen sei, er glaubte die Vorzeichen des nahen Todes in den Augen, in den unruhigen Bewegungen des Kranken zu lesen, selbst jene Schamucht zu reizen und hinaus ins Weite zu kommen, war schon oft der Vorbote eines schnellen Endes gewesen. Er riet ihm daher, sich ruhig niederzulegen, und versprach, ihm einen kühlen Trank zu bereiten.

Der Kranke lachte ingrinnig. „Liegen, ruhig liegen?“ antwortete er. „Wenn ich liege, höre ich auf zu atmen; ich muß sitzen, im Wagen muß ich sitzen, fort, weit fort! — Was sagt der kleine Mensch? Hat er die Pferde bestellt? Kleiner Hund, hast Du mein Gepäck in Ordnung?“

„Ach Herr und Vater!“ krächzte der Kleine; „jetzt denk: er an sein Gepäck; ja, einen schweren Pack Ständen nimmt er mit, der Unmensch. Es ist nicht an den Himmel zu malen, was er gestrichelt und gotteslästerliche Reden geführt hat.“

Der Medizinalrat sagte noch einmal die Hand des Kranken. „Fassen Sie Vertrauen zu mir“, sagte er; „vielleicht kann Ihnen die Kunst doch noch nützen; Ihr Diener sagte mir, es sei Ihnen eine Schußwunde wieder aufgegangen; lassen Sie mich untersuchen.“ Wappend bequemte sich der Kranke dazu, er deutete auf seine Brust. Der Arzt nahm einen schlechtgemachten Verband weg — er fand eine Stichwunde nahe am Herzen.

Sonderbar! es war dieselbe Größe, derselbe Ort, wie die Wunde der Sägerin.

„Das ist eine feine Wunde, ein Stich!“ rief der Doktor und sah den Kranken misstrauisch an. „Woher haben Sie diese Wunde?“

„Sie glauben wohl, ich habe mich geschlagen? Nein, beim Teufel! Ich hatte ein Messer in der Brusttasche, fiel eine Treppe herab und habemich ein wenig geritzt.“

„Ein wenig geritzt!“ dachte Lange. „Und doch wird er an dieser Wunde sterben.“

„Er hatte indessen Simonade bereitet und bot sie dem Kranken; dieser führte sie mit unsicherer Hand zum Munde, sie schien ihn zu erquickern; er war einige Momente still und ruhig; doch, als er sah, daß er einige Tropfen auf die Decke gegossen hatte, fing er an zu fluchen und verlangte ein Schnupstuch. Der Lakai flog zu einem Koffer, schloß auf und brachte ein Tuch heraus — der Doktor sah hin, eine schreckliche Ahnung stieg in ihm auf — er sah wieder hin, es war dieselbe Farbe, derselbe Stoff, es war das Tuch, das man bei der Sägerin gefunden. (Fortsetz. folgt.)

viel mehr herauschlagen konnte. Daher machte sie gegen das Schulgesetz von 1879 die heftigste Opposition. Sie verweigerte den Lehrern und den Schülern staatl. Lehrerseminare, ebenso wie den Eltern, die ihre Kinder in die öffentliche Schule schickten, die Absolution und unterlagte den Geistlichen die Erteilung des Religionsunterrichts an den Gemeindeschulen. Dadurch brachten die Ultramontanen es fertig, daß viele öffentliche Schulen vollständig leer standen und andere höchstens von wenigen, ganz vereinzelt Schülern besucht wurden.

Im Jahre 1884 gelang es endlich, die liberale Regierung ganz zu kürzen und das Schulwesen auch äußerlich und in jeder Beziehung dem Einfluß der Geistlichkeit zu unterwerfen. Die Gemeindeschule blieb allerdings bestehen. Es ward jedoch angeordnet, daß der Religionsunterricht alle anderen Unterrichtsgegenstände überall in den Schulen beherrschend müsse und den Gemeinden wurde die Befugnis erteilt, die auf Grund des Gesetzes — von 1879 errichteten öffentlichen Schulen wieder eingehen zu lassen, wenn sie bereit waren, eine „freie“, das heißt eine kirchliche Schule zu unterstützen.

Dieser Bestimmung zufolge hatten schon bis zum Jahre 1889 — 247 Gemeinden ihre Schulen geschlossen. Seitdem hat diese Entwicklung jedenfalls noch bedeutende Fortschritte gemacht, da den Gemeinden die Unterstützung der Ordenschulen außerordentlich billig zu stehen kommt. Schon vor dem klerikalen Schulgesetz gab es nach einer von dem vorigen liberalen Regiment veranstalteten Enquete neben 7850 vom Staate unterstützten Gemeindeschulen 5880 „freie“ Schulen. In Bezug auf die Beschaffenheit der „freien“ Schulen wurde auf Grund dieser Enquete berichtet, der Unterricht habe sich als völlig unzulänglich erwiesen, die Anstellung des Lehrpersonals, die Anschaffung der Schulgeräte u. s. w. sei vollständig dem Zufall überlassen; vielfach würden diese Schulen von total unwissenden und unfähigen Leuten geleitet.

Die Ultramontanen haben es also in Belgien, wo sie die Regierung in der Hand haben, glücklich so weit gebracht, wie sie es bringen wollten. Sie haben die Macht in der Hand, die Massen des belgischen Volkes unserer hochkultivierten Zeit zum Lohne, vollständiger Verfallung und Verrohung preiszugeben.

## Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Sein Tag ohne einen neuen Gesetzentwurf, so können sich jetzt unsere diätenlosen Reichstagsabgeordneten mit Schrecken jagen. Kaum haben die meisten von ihnen Zeit gefunden, das umfangreiche und schwierige Weingesez — bei Seite zu legen, da folgt schon die lex Heinze, auf deren Erledigung eine einflußreiche Stelle großen Wert zu legen scheint. Wie der Reichstag bis Ostern dieses Jahr fast täglich vermehrende Penum erledigen soll, ist vorläufig unklar, jedenfalls wäre dies nur möglich durch eine Durchpeitschung wichtiger Gesetzesvorlagen, welche, wie der Entwurf zur Bekämpfung der öffentlichen Unmoralität, der Trunksuchtsgesetzgebung und das Spionengesetz, eine ernste und eingehende Behandlung vollauf verdienen. Daß dieser Embarras de richesse an Aufgaben auf die Arbeitslust der Reichstagsabgeordneten nicht gerade förderlich wirkt, ist um so erklärlicher, als die letzteren sich ja nicht verhehlen können, daß diese Vorlagen zum Teil aus Augenblicksstimungen hervorgegangen sind, die in der Gesetzgebung keine Rollen spielen sollten. Die Leere des Hauses, welche in den letzten Tagen wieder in so bedauerlicher und dem Ansehen des Parlaments gewiß nicht förderlicher Weise zu Tage getreten, ist weniger zum Teil der „legislatorischen Ueberproduktion“ unserer Tage zuzuschreiben, wie die Regierung sie verlangt.

Seine verheirateten Lehrerinnen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, v. Seelig, hat in einem gegebenen Falle angeordnet, daß künftighin in alle Urkunden über die Berufung von Lehrerinnen eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach die feste Anstellung der betreffenden Lehrerin im Falle ihrer Verheiratung mit dem Schlusse des Schuljahres ihr Ende erreicht. Auch auf definitiv angestellte, vollbeschäftigte Handarbeits-Lehrerinnen findet diese Bestimmung Anwendung.

Ein Kulturbild. Wir lesen in Berliner Blättern: „Der dreizehnjährige Schulknabe Franz Kübler wurde am Montag wegen vorläufiger Brandstiftung, Diebstahls und Betruges zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Junge, Sohn eines Ortsarmen in Eggertsdorf bei Straußberg, ist, wie hiesige Blätter berichten, bereits wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestraft, die er in Plögensee verbüßt hat. Auf die Frage, wie es ihm in Plögensee gefallen

habe, antwortete er: „So gut habe ich es in meinem Leben noch nicht gehabt, nur das Essen hätte besser sein können.“

Ein dreizehnjähriger Schulknabe, der drei Jahre im Gefängnis sitzt, es in seinem Leben nicht so gut gehabt hat — kann eine furchtbarere Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung erhoben werden? Jedes Wort des Kommentars würde die Wucht der Tatsachen abschwächen.

„So Gott will!“ Man schreibt aus Berlin: Die Altersversicherung hat einen warmen Freund in dem Grafen Hermann v. Schwerin, jetzt Reichstags-Kandidat in Mecklenburg-Strelitz, gefunden. In seiner Wahlrede sagte er: „Ich habe meinen Leuten klar gemacht, daß das Gesetz für sie günstig ist. Ich habe ihnen gesagt: Was Ihr gebt, kriegt Ihr, so Gott will, einmal reichlich wieder. Was ich als Arbeitgeber gebe, ist in den Rauchfang geschrieben. Also könnte nur ich mich beklagen. So Gott will, werdet Ihr Alle siebzig Jahre alt; wenn aber nicht, kriegt Ihr einen guten Platz im Himmel. Meine Arbeiter waren damit einverstanden.“ Dagegen waren die Arbeiter in der Wähler-Versammlung über diese Rede des Herrn Grafen etwas verwundert!

Zensur der telephonischen Gespräche. Der „Börzenkurier“ macht darauf aufmerksam, daß, wenn telephonische Gespräche in den letzten Tagen von Berlin nach außerhalb gingen, das Gespräch sofort von Amts wegen abgebrochen wurde, sobald die Rede auf die Kravalle kam. Auf Befragen wurde ganz unumwunden zugestanden, daß dieses Verfahren auf einer bestimmten Anordnung beruhe, und daß die Telefonverwaltung sich dazu so berechtigt wie verpflichtet halte. Wie der Telegrafbeamte von jeder geheimen Korrespondenz Kenntnis nehme und unter Umständen deren Uebermittlung ablehne, so höre der Telephonbeamte die geführten Gespräche und unterbreche sie, sobald nach seinem Ermessen ihr Inhalt ihm zu Bedenken Anlaß gebe. — Wir haben es wirklich weit gebracht in Deutschland; die Zensur unterscheidet sich kaum noch von der russischen. Es lebe der Polizeistaat!

Bekanntmachung eines medizinischen Instituts für Frauen in Berlin sammelt, wie verlautet, das preussische Kultusministerium privatim Daten über die Tätigkeit der weiblichen Ärzte in Rußland, über deren Bildungsgrad, materielle Lage, Stellung in der Gesellschaft und Aufnahme beim Gros des Publikums.

Dito Reimer, über dessen tragischen Tod wir berichteten, ist gestern zur letzten Ruhe bestattet worden.

Aus dem Polizeistaat. Hamburg. Die Wandarbeiter Polizei verbot den Leitern der Sozialdemokraten eingerichteten moralisch-einigen Unterricht der Freidenker-Gesellschaft, an dem 84 Kinder teilnahmen, sollen die Stunden und führte die Lehrer, zwei Sozialisten, nach dem Polizeiamt. Die Gesellschaft verlegte den Unterricht darauf nach dem hamburgischen Gebiet, dicht neben der Wandarbeiter Grenze.

Ausgewiesen. Im „Volkblatt für Anhalt“ lesen wir: Genosse Edgar Steiger, der Redakteur des „Volkblattes für Anhalt“, der bekanntlich Schweizer Bürger ist, erhielt am vergangenen Dienstag eine Vorladung vor die Dessauer Polizeiverwaltung. Als er sich Mittwoch früh um 10 Uhr, wie bestimmt war, auf dem Polizeibureau meldete, wurde ihm folgende Verfügung der anhaltischen Regierung vorgelesen und ausgehändigt:

Auf Grund des Artikels 4 des Niederlassungsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 31. Mai 1890 hat die herzoglich-anhaltische Staatsregierung Ihre Ausweisung beschlossen.

Indem wir Ihnen von diesem Beschlusse Kenntnis geben, fordern wir Sie hiermit auf, binnen acht Tagen das anhaltische Staatsgebiet zu verlassen.

Dessau, den 2. März 1892.

Die Polizeiverwaltung.  
J. B. Schulz.

Infolgedessen wird Genosse Steiger die Redaktion des „Volkblattes für Anhalt“ niederlegen und den Staub des anhaltischen Bodens von seinen Füßen schütteln. Daß er nach wie vor, wo es auch immer sei, fest und unerzitternd für Volksfreiheit und Völkerverbrüderung weiterkämpfen wird, versteht sich von selbst. Der kermäuschen Schlange des Sozialismus in Anhalt ist wieder einer der vielen Köpfe abgehauen. Öffentlich wachen bald drei andere nach! —

Angesichts solcher Polizeimaßregeln muß man sich ebenfalls fragen, daß es sich ohne Sozialistengesetz weit besser „regiert“ als mit denselben. Dann hier

trifft man wenigstens immer diejenigen, die man treffen will, was mit dem Sozialistengesetz nicht immer der Fall war.

Silavenhandel in Brandenburg. Der „Kreuzzeitung“ entnehmen wir folgende Notiz:

„Hiesige Blätter schreiben: Der „Handel“ mit Landmädchen und Landknechten ist auch in der Provinz Brandenburg recht rege. In zahlreichen märkischen Blättern findet man Ankündigungen, wie: „Trefse bestimmt am 2. März mit 10 Landmädchen, die melken können, und 8 Knechten in Berlin ein; alle kräftige und junge Leute aus Ostpreußen, billig im Lohn. Bitte um schnelle Abholung u. s. w.“, oder: „Tüchtige Landknechte und Landmädchen, die melken können, aus Ost- und Westpreußen, auch tüchtige Tagelöhner-Familien sind soeben eingetroffen und warten auf Abholung. Billigste Löhne.“ Also überall „billige und gute frische Ware, die abgeholt werden kann“, ganz wie beim Bäcker die Semmel, und die Unternehmer stecken den Hauptverdienst in ihre Tasche.“

Die „Kreuzzeitung“ — und das ist nicht das wenigst Interessante — bringt die Notiz, ohne ein Wort des Protestes oder der Empörung. Sie ärgert sich nur, daß die „Unternehmer“ den Hauptverdienst in die Tasche stecken.

Warum rät sie nicht den Herren Junkern, das Geschäft selber in die höchstadeligen Hände zu nehmen. In der Privatwirtschaft bringen neue Erfindungen dem Arbeiter meist nur größeres Elend. Was ein Segen für alle Uebrigen, das wird für ihn zum Fluch. Die Maschinenfabrik von J. C. u. S. Dietrich in Blauen i. B. baut z. B. Schiffschiffmaschinen mit einer neuen Verfertigung, durch welche die Leistungsfähigkeit um ein Bedeutendes erhöht worden ist. Die neue Verfertigung läßt sich auch an Maschinen älteren Systems anbringen. Eine solche Maschine liefert in der Woche im Durchschnitt 180 000 Stiche, eine dreireihige Hand-Stickmaschine dagegen im Durchschnitt pro Woche nur 10 000 Stiche. — Was also früher 18 Arbeiter leisteten, das leistet mit der neuen Maschine in der gleichen Zeit ein Arbeiter. Der eine Arbeiter verdient aber natürlich nicht mehr als bisher. Im Gegenteil; die 17 auf die Straße Geworfenen werden ihm Konkurrenz machen und durch ihr Angebot auf seinen Lohn drücken. So vollzieht sich täglich und stündlich der alte Prozeß der Ueberflüssigmachung von Händen, der Verelendung einer größeren Masse des Proletariats, der Herabdrückung der Kaufkraft der breiten Volksschichten, der Verallgemeinerung und Verschärfung der Krisis und des steigenden Notstandes, und keine Maßnahme der alten Gesellschaft kann Abwendung schaffen. Das ist nur durch die Einführung der gesellschaftlichen Produktion, durch den Sieg der sozialdemokratischen Weltanschauung möglich. Mit größter Schnelligkeit, als eine Straßenrevolte, drängt die revolutionäre Entwicklung des Kapitalismus selbst die Menschheit diesem Ziele zu.

Zur Kinderarbeit wird dem „Chemnitzer Beobachter“ aus Marienhal geschrieben: „Wahrhaftig traurig ist es anzusehen, wie besonders schulpflichtige Mädchen von ihren Müttern gleich nach Beendigung der Unterrichtsstunden nach dem eine gute Stunde von hier entfernten Werbau zur Halbtagsarbeit in die Fabriken gejagt werden. Die armen Dinger können zu Hause nicht einmal Mittag essen. Manche Mütter passen ihre Kinder auf dem Heimweg von der Schule ab, drücken ihnen ein Stück Brot und einen Stoffbeutel in die Hände und schicken sie dann nach ihrem Arbeitsort. Erst Abends nach 8 Uhr kommen die Kleinen dann erschöpft zu Hause an. Der Wochenverdienst der Kinder ist natürlich ziemlich gering, wird aber von den armen Eltern notwendig gebraucht, da mit Kindern gekaufte Arbeiterfamilien gegenwärtig ein sehr schweres Auskommen haben. Daß die Entwicklung der Kinder in der dummen Fabrikatmosphäre bei der mageren Kost sehr leidet, ist zweifellos; aber Kinderleiden ist eben billiger als das erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Wie das „ehrbare Handwerk“ die Lehrlinge technisch ausbildet, wird der Halberstädter „Sonntagszeitung“ anschaulich geschildert: „Einige dortige Schlossermeister haben 6—8 Lehrlinge, aber keinen Gesellen. Haben die Lehrlinge ausgelernt, d. h. vier Jahre Schweine gefüttert, Wasser geholt, Kinder gewartet und Prügel bekommen und nebenbei etwas vom Handwerk gelernt, dann kriegen sie den Laufpaß. Ein Maurermeister sucht Arbeitsburschen, dieselben erhalten pro Tag eine Mark. Sind die Leute erwachsen und verlangen höheren Lohn, dann heißt es „Gang“ — „neue Burschen her“. — Die jungen Gesellen mögen dann auf die Landstraße gehen und „sechten, daß der Stod jämt“. Das ist die Moral dieser Lehrlings-

ächter, die womöglich noch in den „achtbaren Bürgerkreisen“ ihres Wohnorts in hohem Ansehen stehen.

Köln. Die „Kölnische Zeitung“ bestätigt die Nachricht, daß gegen sie wegen des Artikels mit der Ueberschrift: „Ein frischer Zug“ über die jüngste Rede des Kaisers Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet wurde.

Suche nach einem „Verräter militärischer Geheimnisse“. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Von Seiten der zuständigen Militärbehörde ist sofort nach dem unberechtigten Abdruck des Erlasses des bayerischen Kriegsministeriums betreffs der Soldatenmishandlungen eine energische Untersuchung eingeleitet worden, um zu ermitteln, auf welche Weise der Erlaß in die sozialdemokratischen Blätter gelangt ist. Wie wir hören, soll die Untersuchung nicht ohne Erfolg geblieben sein.“

Wir bezweifeln den Erfolg vorläufig noch.

Die Zahl der Arbeitslosen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wächst von Tag zu Tag, denn die Entlassungen von Arbeitern seitens der Bergwerke nehmen immer noch zu, und die Zahl stellt sich auf viele Tausende. „Mit diesen Entlassungen — wird der „Frankfurter Zeitung“ von dort geschrieben — werden Zustände geschaffen, die eine öffentliche Kamilität darstellen und auf welche die Aufmerksamkeit der staatlichen und gemeindlichen Behörden hingelenkt werden muß. Denn nicht nur werden den Gemeinden große Armenlasten aufgebürdet, die Arbeitslosen bilden auch eine Gefahr für Leben und Eigentum. Man gehe nur einmal durch die Straßen der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen und man wird sie da zu Hunderten antreffen können. Ob die Lage des Kohlenmarktes die Entlassungen rechtfertigt, ist nur heute noch zweifelhaft und wenigstens auffallend bei Dividenden von 80 Prozent, 86 Prozent, 35 Prozent, 20 Prozent, 12 Prozent, 8 Prozent zc., wie sie nach großen Rücklagen und Abschreibungen zur Verteilung gelangen. Feierschichten allerdings sind bei schwächerem Abzuge unvermeidlich, da Kohle nicht wie irgend ein Fabrikat auf Vorrat produziert werden kann. Solche Feierschichten, selbst wenn sie öfter wiederkehren, treffen die Arbeiter aber lange nicht so schwer, als Entlassungen oder Lohnreduktionen, die Leute können diese unfreiwilligen Feiertage zu häuslichen Arbeiten, Bestellung des Feldes zc. verwenden. Um die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden noch mehr, als dies schon geschieht, auf diese traurigen Zustände hinzu lenken, hat der Bergarbeiter-Verband „Glückauf“ beschlossen, eine Eingabe an Minister von Berlepsch zu richten, worin er gebeten wird, die Bergrevierbeamten zu veranlassen, der Sache näher zu treten und eine Statistik über die Art und Weise der Entlassung von Bergarbeitern aufzustellen.“

### Rusland.

#### Portugal.

Der portugiesische Staatsbankrott, der lange erwartet wurde, ist eingetreten. Die Regierung Portugals hat mitten im Frieden die Zahlungen eingestellt; sie kann nicht einmal als Milderungsgrund geltend machen, daß sie sich energisch bemüht und kein Mittel unversucht gelassen habe, um den Staatsbankrott zu verhüten. Als die Bankiers, welche ihr bisher die Mittel zur Bedeckung der Fehlbeträge geliefert hatten, die Uebernahme neuer Anleihen ablehnten, erklärte sie ihren Gläubigern einfach ohne viel Federlesens, daß sie nicht mehr im Stande sei, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, und sich genötigt sehe, die den Inhabern der Staatsanleihen bei der Ausgabe zugesicherten Zinsen beträchtlich zu kürzen.

Aber auch die gekürzten Zinsen kann sie jetzt nicht zahlen. Die im Jahre 1888 gemachte Anleihe von 156 Millionen Mark ist längst verpulvert. Wie die Regierung sich aus der Kamilität herausfinden könnte, ist vorläufig noch unerfindlich.

#### Frankreich.

Zur Maiseier. Wie wir dem amtlichen Berichte des französischen nationalen Arbeitersekretariats entnehmen, wird dieses die französischen Arbeiter auffordern, die Maiseier gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses zu begehen. Es wird die Fachvereine u. s. w. einladen zusammenzutreten, um Komitees zu ernennen, welche diese Feier allerorten organisieren sollen, wie überhaupt Alles geschehen soll, um die Demonstration so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten. — Leider fehlt es, wie man nachträglich erfährt, nicht an Verjungen, die Einheitlichkeit des Vorgehens zu stören. Aus der Mitte verschiedener Gewerkschaften (syndicats) ist dagegen protestiert worden, daß das Arbeitersekretariat die Sache in die Hand nehme: es habe sich vor Allem mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen und

würde durch politische Aktion sich nur von seiner wichtigsten Aufgabe entfernen. In der letzten Sitzung des „Nationalen Arbeitersekretariats“ kam es zu einer hitzigen Debatte, die jedoch vertagt werden mußte. Hoffentlich gelingt es den Vertretern des einseitigen Trades-Unionismus nicht, die Tätigkeit des Arbeitersekretariats lahm zu legen.

#### Rußland.

Völlige Anarchie herrscht in Rußland. Die großen und kleinen Spigbuben im Amt halten reiche Ernte. Einem Briefe aus Riga entnimmt der „Rhein. C.“ über eine Notstands-Angelegenheit folgende Mitteilungen:

„Das Rigaische Damen-Komitee sammelte für die Nothleidenden im Innern Rußlands eine Anzahl verschiedener Sachen ein und sandte dieselben in großen wertvollen Ballen an einen lutherischen Pastor in der Nothstandsgegend. Dieser telegraphirte zurück, er habe die Ballen in vollem Gewichte erhalten, dieselben hätten aber nur Stroh, Werg und einige Steine enthalten. Als die Damen in Riga, darüber empört, die Sache veröffentlichen wollten, wies der Zensor das Verlangen zurück, indem er erklärte, so was geschehe in Rußland nicht selten, aber es veröffentlichen zu lassen, dürfte er nicht wagen, da Rußland in Europa ohnehin nicht in gutem Ruf stehe und darunter schon zu sehr leide. Ferner sandten die Rigaischen Damen neun Waggons Sackgefülltes Korn nach den Nothstandsdistrikten, aber nur zwei kamen unverfehrt an, in den Säcken der übrigen anderen Waggons befanden sich Kies und Steine in dem angegebenen Gewichte.“

Und der „von Gottes Gnaden“ das unglückliche Land beherrscht, dünkt sich allmächtig!

Russische Staatsrettung. Aus Rußland werden eine Reihe von Verhaftungen „politisch Verdächtigter“ gemeldet. Kosacken, Peters- und Kauls-Feste, Sibirien, der Galgen, so reagirt „Väterchen“ auf die leiseste freiheitliche Regung der Nation. Dafür strahlt die Sonne zarischer Huld einem Schurken, der sich des gemeinen Mordes schuldig gemacht hat. Der wegen hinterlistiger Tötung der Schauspielerin Wisnowska zur Zwangsarbeit verurteilte ehemalige Garde-Husaren-Kornet Bartenjew ist zur Degradirung zum Gemeinen begnadigt worden. Er hat als Gemeiner fünf Jahre im Kaukasus zu dienen, worauf seine Rehabilitirung erfolgen kann. Natürlich wird er rehabilitirt werden. Eine Jesse Helfmann, eine Sofie Perowskaja fallen unter der Hand des Henkers, Leo Deutsch schmachtet in irgend einer sibirischen Goldgrube als Opfer der Katorga, der Zwangsarbeit, Hunderte edler, aufopfernder Männer, die für das Wohl ihres Volkes, für Freiheit und wirtschaftliche Reformen gekämpft, liegen in Ketten und Banden, verkommen in der Verbannung, sterben durch eigene Hand, weil sie die Qualen der russischen Kerkermeister nicht mehr ertragen können, verderben in Hunger und Wahnsinn. Alexander III. stößt sie ins Elend, aber den Mörder Bartenjew begnadigt er. —

### Arbeiterbewegung.

#### Zum Gewerkschaftskongreß.

Die Lokalkommission in Halberstadt richtet während der Dauer des Kongresses im „Zentralhotel“ (erste Gebäude links in Halberstadt) ein Wohnungsbureau ein und können sich die ankommenden Delegirten zunächst hierhin wenden. Zu jedem Zug werden Mitglieder des Lokalkomitees am Bahnhof zur Abholung der Delegirten anwesend sein. Als Erkennungszeichen tragen die Komiteemitglieder eine „weiß und rote Schleife“.

Es gehen uns noch folgende Resolutionen, die dem Kongreß unterbreitet werden sollen, zur Veröffentlichung zu.

„In Erwägung, daß die Neuorganisation der Gewerkschaften nur dann vorteilhaft und siegreich wirken kann, wenn alle Gewerkschaften zu derselben herangezogen werden, ersuchen wir den Kongreß, einen Beschluß dahin zu fassen, daß durch die Neuorganisation dafür Sorge getragen wird, daß erstens alle Gewerkschaften, welche noch nicht organisiert sind, zu einer Organisation herangezogen werden; zweitens denjenigen Gewerkschaften (z. B. Müller, Bäcker, Fleischer, Bierbrauer), welche durch die Eigenartigkeit ihres Berufes noch an unregelmäßiger Arbeitszeit und sonstigen trassen Mifständen aufs Schlimmste zu leiden haben, bei etwa ausbrechenden Streiks die größte Sympathie zu gewähren, sich in jeder Weise solidarisch mit ihnen zu erklären und dieselben materiell und moralisch zu unterstützen. Sollte es dem gemeinsamen Wirken der Organisationen gelingen, die Arbeiter der Müllebranche aufzuklären und ihre wirtschaftliche Lage zu bessern, so würde für die Landagitation viel gewonnen sein; es würde dies

auch möglich werden, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter mehr aufgeklärt und der Organisation zugänglich gemacht würden, indem die Müllearbeiter als gute Agitatoren auf dem Lande, wo die meisten ihre Arbeit haben, wirken würden.“

Der Vorstand und Ausschuß des Verbandes deutscher Müller und verw. Berufsgenossen.

„In Erwägung, daß die gesammte moderne Arbeiterbewegung nur gewinnen kann, wenn das gesammte Proletariat daran beteiligt ist,

in Erwägung weiter, daß die Gastwirtsgehälften aus eigener Kraft kaum im Stande sein werden, ihre soziale Lage zu verbessern,

beschließen die auf dem Kongreß versammelten Delegirten, ihre Gewerkschaften zu bestimmen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Kellner aus ihrer schlechten Lage befreit werden. Sie versprechen ferner, dort, wo sie Einfluß haben, die Wirte zu veranlassen, Konzessionen an ihre Kellner zu machen.“

„In Anbetracht dessen, daß in den größeren Industriestädten oder Zentren das gesammte Unternehmertum aller Industrien und Gewerbe bei Lohnbewegungen zc. der Arbeiter auch nur eines Gewerbes demselben geschlossen gegenübersteht, um die Arbeiter an der Ausnutzung des ihnen gewährleisteten Rechtes (§ 162 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) zu verhindern, beschließt der Gewerkschafts-Kongreß, den Arbeitern aller größeren Industrieorte die Bildung von Gewerkschafts-Kartellen nach Maßgabe des veröffentlichten Antrages zum Gewerkschafts-Kongreß (siehe Nr. 10 des „Vorwärts“ vom 13. Januar 1892 (Gewerkschafts-Kartelle betreffend) vorzuschlagen.“

Bersammlung der Kellner Veritas vom 9. Februar 1892.

Die Anmeldung der Delegirten hat unverzüglich bei dem Unterzeichneten zu erfolgen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien,

Hamburg St. Georg,

An der Koppel 79, 1. Etage.

### Gerichtliches.

Berlin. Wegen Aufreizung zum Klassenhaß bezw. Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle hatten sich der Kaufmann Albert Auerbach und der Tapeziret Ernst Diester vor der II. Strafkammer hiesigen Vangerichts I zu verantworten. Der Gerichtshof erkannte beide Angeklagte im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte den Angeklagten Auerbach zu drei Monaten Gefängnis, während das Urteil gegen Diester auf sechs Monate Gefängnis lautete. Außerdem verhängte der Gerichtshof über den Angeklagten eine sofort zu verbühende Ungehorsamsstrafe von drei Tagen Haft.

Köln. Wie die „Köln. Volks-Ztg.“ mitteilt, sei gegen die „Kölnische Zeitung“ die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Artikel über die Rede des Kaisers auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage eingeleitet worden.

Das erste Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. März ist wegen des Feuilleton-Artikels „gefrönte Worte“ von Maximilian Harden wegen Majestätsbeleidigung beschlagnahmt worden.

Bremen. Wie ein Bourgeois Geld „verdiene“ will. Ein Börjenmanöver brachte einen hiesigen Kaufmann vor die Strafkammer. Er bot, ohne seinen Namen zu nennen, dem Berliner Börjen-Kourier 500 Mk. für die Aufnahme eines von ihm geschriebenen Artikels über den Norddeutschen Lloyd und verbürgte sich für die Wahrheit der Mitteilung. Der „Börjen-Kourier“ sandte die Schriftstücke an die Direktion des Norddeutschen Lloyd. Der Verfasser wurde bald ermittelt. Er spekulierte in der Börje à la baisse, in diesem Falle handelte es sich um 60 000 M. Lloyd-Aktien auf Ende Juni 1891. Vor Bericht erklärte der beidigte Buchhalter Wagner die über den Lloyd gemachten Behauptungen an Hand der Bücher für falsch. Das Urteil lautete auf 600 M. Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis. — Eine sehr milde Strafe.

Essen. Den Angeklagten im Stempel-Prozess ist vom Staatsanwalt die Nachricht zugegangen, daß das Hauptverfahren gegen Rosendal und Genossen ausgesetzt sei, bis nach Abschluß der vom Staatsanwalt beantragten und gegen Baare und die Ingenieure Bering und Gremme eröffneten Voruntersuchung. Dann dürfte wohl die Anklage gegen Baare und Genossen lauten.

# Parlamentsbericht.

## Deutscher Reichstag.

186. Sitzung. (Schluß.)

**Abg. Wurm (Sozialdemokrat):** Zur Motivierung dieser Bestimmungen sagt der Staatssekretär Boffe eigentlich Nichts, als daß die Regierung in ihrem unschuldigen Verzeß an die Forderungen nicht gedacht habe, die Abg. Petri aus dem Gesetz zog; wir wissen aber, wenn die Regierung eine Verzeß einmal hat, so macht sie eher zu viel, als zu wenig Gebrauch davon. Im Entwurf selbst ist nur auf die Möglichkeit einer plötzlich hereinbrechenden Gefahr hingewiesen; aber heutzutage entstehen die Kriege doch nicht so plötzlich und über Nacht, wie im Zeitalter des Faustrechts, und die Gefahr innerer Unruhen oder Vorkämpfe liegt heut zu Tage auch nicht vor. Eisenbahnen sind doch auch gar nicht so weit von Berlin entfernt, es existieren Telegrafen und Eisenbahnen. Eisenbahnen sind als Grenzland besonders exponiert, aber das sind doch die an Rußland grenzenden Landesstellen ebenfalls, und hienieden bedeutet die Worte des Staatssekretärs, das Gesetz solle kein Ausnahmengesetz sein, nicht, daß man ein ähnliches Gesetz für ganz Deutschland einführen will. Nach dieser Richtung wird die Kommission die Absichten der Regierung besonders genau prüfen müssen. Die innere Lage des Reichslandes ist nach einer vor wenigen Tagen gehaltenen Rede des Statthalters durchaus befriedigend. Lothringen freilich wird wol stets nur äußerlich mit Deutschland verbunden bleiben, aber das Gesetz ist trotz der falschen Behandlung durch die Behörden infolge des natürlichen Schweregewichts der Tatsachen und einer gewissen natürlichen Gutmütigkeit der Bevölkerung uns näher gerückt, ein „Protest“ existiert nicht, die eifrigen Abgeordneten bezeichnen sich nicht mehr als „Protestler“; sondern meistens einfach als „Eisenbahnringer“, ja, es giebt darunter einen Deutschkonservativen, einen Reichsparteiler, einen Nationalliberalen, einen Sozialdemokraten, und letzterer sprach sich vor seiner Wahl sogar direkt gegen den Protest aus. Danach erscheint mir die Vorlage als ein schwerer politischer Fehler, die Kläffer werden von Neuem gekränkt, in Frankreich werden die jaischen Auffassungen von Neuem gestärkt, und die Regierung gesteht dadurch ihre Unfähigkeit, in Eisenbahnen auf regelmäßigem Wege gute Verhältnisse herbeizuführen. Die Vorlage erscheint uns ungünstig für das Reichsland und für ganz Deutschland, und schon darum, ohne Rücksicht auf die Einzelbestimmungen, werden wir dagegen stimmen. Wir meinen, man hätte den Kläffern statt dessen die spärlichen Freiheiten, die wir in Deutschland genießen, gewähren sollen, damit sie nicht immer wieder von Reid erfüllt werden, und wir hoffen, daß der Reichstag, der zu unserem Bedauern bei dieser politischen wichtigen Verhandlung so außerordentlich schwach befaßt ist, die Vorlage mit uns ablehnen wird.

**Abg. v. Bar (Dfr.):** Bei der großen politischen Wichtigkeit der Vorlage reichte eine Kommission von 12 Mitgliedern nicht aus; Redner beantragt eine solche von 21 Mitgliedern einzusetzen.

**Abg. Orterer (Z.):** Gründe für die Vorlage sind nicht ausreichend angebracht worden, auch nicht durch die heutigen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs. Die militärischen Rücksichten sind ebenfalls nicht klar gelegt. Sie werden in der Kommission eingehend gewürdigt werden können. Die Zahl von 12 Mitgliedern wird für die Kommission ausreichend sein.

**Abg. Petri:** Man hat im Deutschen Reich wol die besten Absichten mit dem Reichslande, aber die öffentliche Meinung im Reich wird oft irreführend durch übertriebene Berichte von unzufriedenen Beamten u. s. w. Man sollte die Verschmelzung nicht fördern, man sollte uns in Ruhe lassen mit Gesetzen, die keinen andern Erfolg gehabt als das Volk unzufrieden zu machen. Man gebe gewissen reichsständischen Elementen nicht eine Waffe in die Hand, um die eisenbahnringische Frage immer wieder aufzurollen. (Beifall links.)

**Abg. v. Bollmar (Soz.):** Wenn uns auch die militärischen Gründe etwas angehen, so kommen doch die bürgerlichen Rücksichten in erster Linie in Frage. Die geographische Lage von Eisenbahnen hat sich seit 22 Jahren meines Wissens nicht verändert. Während der ganzen Zeit hat dieselbe Gefahr bestanden, deshalb muß uns die Regierung die besonderen Gründe für die Vorlage andeuten. Wir sitzen nicht hier, um im blinden Vertrauen auf die Regierung Alles anzunehmen. Der Abg. Hartmann scheint zu wünschen, daß wir Alles, was einmal einen deutschen Namen gehabt hat, wieder bekommen, aber ich glaube nicht, daß er das sagen wird. Ich habe kein Wort von einer Rückgabe Eisenbahnringens gesagt; ich habe nur die prinzipielle Stellung meiner Partei zur Zeit der Annahme gegen diese dargelegt, mit dem aber auf das Gebiet der Tatsachen abgeben, um die Vorlage abzulehnen. Wenn Herr Hartmann eine Vereinigung der Eisenbahnringer mit den alten Landesleuten wünscht, solle er sie wie Landesleute behandeln und nicht als gemeingefährliche Leute.

**Abg. Hartmann (Df.):** In Bezug auf diesen Punkt mag Herr v. Bollmar sich mit Herrn Liebmann auseinandersetzen.

**Abg. Singer (Soz.):** Herr Hartmann hat in der eisenbahnringischen Frage einen Gegensatz zwischen meinen Freunden Liebmann und v. Bollmar konstruieren wollen. Ich weise zunächst darauf hin, daß vor gar nicht langer Zeit Bebel dem Kriegsminister gegenüber auf das Entschiedenste bestimmt hat, hienieden die ihm damals ungesetzliche Behauptung, er wäre für die Rückgabe Eisenbahnringens an Frankreich eingetreten, niemals gelten zu haben. Was unsere Stellung zu dieser Frage anlangt, so kann ich im Einverständnis mit meinen hienieden sitzenden Freunden erklären, daß für uns eine Eisenbahnringische Frage gar nicht existiert. Ich verlange daher vom Abg. Hartmann, daß er dem Reichstage mitteilt, wann und wo mein Freund Liebmann jemals die Rückgabe Eisenbahnringens geäußert hat. Bevor er diese Erklärung abgegeben hat, wird er nicht gestatten, von der Wahrheit seiner Behauptungen zu zweifeln.

**Abg. Hartmann (Df.):** Ich glaube den Beweis liefern zu können, und zwar aus den stenographischen Berichten des Reichstages, natürlich nicht per a-genitibus; er spricht seine Freude darüber aus, daß Herr Singer sich gleichfalls gegen die Rückgabe des Reichslandes ausgesprochen hat.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird die Beratung des Telegrafengesetzes fortgesetzt und zwar bei der Abstimmung über den § 7a. Der Antrag von Bar, wonach die Telegrafeneleitung in sich selbst geschädigt sein solle, wird abgelehnt; angenommen wird der Antrag Bödiker: Elektrische Anlagen sind, sobald eine Störung der einen Leitung durch die andere zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Teiles, welcher durch eine spätere Anlage oder durch eine später eintretende Aenderung einer bestehenden Anlage diese Gefahr veranlaßt, nach Möglichkeit so anzulegen, daß sie sich nicht störend beeinflussen.

Es wird die Einschaltung eines neuen § 7aa beantragt und zwar von drei Seiten: 1. die Abg. Auer und Genossen wollen die Streitigkeiten, ob eine Telegrafenanlage den Anforderungen bezüglich des Schutzes genügt, den ordentlichen Gerichten überweisen. Die physikalisch-technische Reichsanstalt soll zur Erstattung von Gutachten verpflichtet sein. 2. Abg. v. Bar will die Streitigkeiten, sofern sie nicht aus privatrechtlichen Verhältnissen herrühren, dem Verwaltungsstreit-Verfahren unterwerfen, auch nach diesem Antrage soll die physikalisch-technische Reichsanstalt zur Erstattung von Gutachten verpflichtet sein. 3. Abg. Bödiker (Z.) will die Streitigkeiten ebenfalls dem ordentlichen Gerichte überweisen und zwar sollen dieselben als schleunige und als Ferienfachen gelten.

**Abg. Bödiker** hält seinen Antrag für ausreichend; eine Verschleppung wird nicht herbeigeführt werden durch die Ueberweisung an die ordentlichen Gerichte. Dagegen wendet sich Redner gegen die Vereinerzählung der physikalisch-technischen Reichsanstalt zur Begutachtung.

**Abg. Schrader (Dfr.):** Streitigkeiten werden nicht entstehen zwischen der Telegrafenerwaltung und den Interessenten, sondern zwischen der Verwaltungsbehörde, welche sich an die Stelle der ersteren setzt, und den Interessenten. Wenn jemand eine elektrische Anlage einrichten will, so wird ihm die Konzession nicht eher erteilt werden, als bis er alle Forderungen der Telegrafenerwaltung erfüllt, eventuell wird der Kompetenzkonflikt erhoben werden.

**Abg. Singer (Soz.):** Die Ausführungen des Vorredners haben mich nicht überzeugt, ich meine vielmehr, daß, da wir nach Annahme des § 7a eine Instanz für Entscheidung von Streitigkeiten schaffen müssen, das ordentliche Gericht, dessen Vertretung wir ja sonst nicht finden, mehr Garantien bietet, als das Verwaltungsgericht. Auch gegen die Bestimmung, betr. die Befehlsmäßigkeit der Sachen und ihre Behandlung als Ferienfachen habe ich nichts einzuwenden. Dagegen bin ich, im Gegensatz zum Abg. Bödiker, mit dem Abg. Schrader einverstanden bezüglich der Heranziehung der physikalisch-technischen Reichsanstalt zu Gutachten; solche Gutachten in Streitigkeiten sollen möglichst unparteiisch, möglichst wenig von Sachverständigen abgegeben werden, die von den Parteien nominirt sind, und da können wir uns Glück wünschen, daß wir in dieser Reichsanstalt eine unparteiische und zu den bezüglichen Gutachten sehr geeignete Stelle haben. Der Einwand, daß das Gutachten einer nach Majorität entscheidenden Behörde wenig Wert vor Gericht habe, wird widerlegt durch die Sachverständigen-Gutachten der Vereinigungen für Preßzeugnisse, für musikalische, für photographische Angelegenheiten, für gewerbliche Musterrechte, die alle unter Herrn Dambach tagen und deren Gutachten das Urtheil genügen, welches Gutachten überhaupt haben können, und welche auch nach Mehrheiten entscheiden. Sollte also der erste Teil unseres Antrags verworfen werden, so werden wir für den Antrag Bödiker stimmen, bitten Sie aber, neben demselben den zweiten Teil unseres Antrages zu genehmigen.

**Geheimer Ober-Postrat Dambach:** Es liegt keine Veranlassung vor, den Richter zu binden in Bezug auf die Auswahl der Sachverständigen. Will er ein Kollegium hören, so wird er sich an die Reichsanstalt wenden, aber man sollte ihn nicht dazu zwingen.

**Abg. Hammacher (natl.):** Der Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen, wie er im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ist, ist nicht brauchbar und hat täglich Beunruhigung hervorgerufen. Aber man sollte deshalb nicht mißtrauisch sein gegen die Telegrafenerwaltung.

**Abg. Bödiker (Z.)** Weber das Verwaltungsgericht noch das ordentliche Gericht ist für sich in diesen technischen Fragen sachverständig, es muß sich immer auf Sachverständige verlassen. Deshalb ist kein Grund vorhanden, die Verwaltungsgerichte vorzuziehen.

**Staatssekretär v. Stephan:** Ueber die Absichten der Telegrafenerwaltung habe ich mehrmals Auskunft gegeben und auch in der Kommission ausdrücklich betont, daß die Regierung einen großen Wert auf die Fertigstellung des Gesetzes über die elektrischen Anlagen legt. Uebrigens ist die Vorlage ja einer erheblichen Aenderung von dem Hohen Hause unterworfen worden; sie ist jetzt doppelt so lang wie sie war. Danach könnten sich doch auch die ungestandenen Herren etwas herablassen. Herr Hammacher schien sich der Uebertragung der Streitigkeiten auf die Verwaltungsgerichte zuzuneigen. Ich möchte mich lieber den Ausführungen des Herrn Bödiker anschließen und bemerke dabei, daß die einheitliche Rechtsprechung auf diese Weise besser gefördert ist, weil das Reichsgericht die endgültige Entscheidung zu treffen hat.

Der Antrag Bödiker wird schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Nach § 7b erlangt das Reich durch dieses Gesetz keine weitergehenden Rechte, als die bisher bestehenden auf die Verlegung über fremden Grund und Boden.

§ 7b wird angenommen.

Nach § 8 sollen die Vorschriften dieses Gesetzes auch für Bayern und Würtemberg gelten.

**Abg. Graf Arnim** tritt für diesen § 8 ein, weil dadurch die Reichsverträge Bayerns gelöst werden.

**Abg. Schrader** empfiehlt den Antrag v. Bar, wonach die Bestimmungen dieses Gesetzes auf Bayern und Würtemberg keine Anwendung finden sollen. Wenn man ein Reichs-Telegrafemonopol schaffen wollte, dann solle man zu gleicher Zeit für Bayern und Würtemberg ein Staats-Telegrafemonopol nicht schaffen. Dazu ist der Reichstag nicht da und auch gar nicht berechtigt. Diese Reichsverträge müssen doch über kurz oder lang fallen.

Der Antrag von Bar wird abgelehnt und der § 8 in der Fassung des Kommissionsvorschlages angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes.

187. Sitzung.

Eingegangen ist das Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, betreffend den Schutz des Urheberrechts.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Beim Gehalt des Staatssekretärs kommt auch die von den Abgeordneten Barth und Genossen beantragte Resolution zur Verhandlung: den Herrn Reichskanzler zu eruchen, zu veranlassen, daß bei dem gegenwärtigen freilichlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zweck haben, durch Uebereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatze des Völkerrechts zu erheben.

**Abg. Baumach (Dfr.):** Der Reichstag des Norddeutschen Bundes hat sich bereits 1868 mit demselben Antrage beschäftigt, den damals der Abgeordnete Regibi gestellt hatte. Heute liegt die Sache doch günstiger als damals. Das Deutsche Reich ist gegründet und wir verfolgen eine entschiedene Friedenspolitik. Wenn der Reichskanzler geneigt wäre, Verhandlungen einzuleiten, so wäre die Zeit die denkbar günstigste. Es handelt sich ja gar nicht um einen freisinnigen Antrag, denn es sind ja auch Unterschriften von untern nationalliberalen Sitzesbrüdern (Heiterkeit) oder, ich will sagen, von unseren nationalliberalen Freunden unter dem Antrag zu finden. Es handelt sich hier um ein Problem, bei dessen Lösung nicht nur das Reich, sondern die ganze Welt interessiert ist.

**Reichskanzler Graf Kaprivi:** Der Antrag ist ein altes Postulat der Kaufleute und der humanen Herzen. Mit Vergnügen würde ich die Sache in die Hand nehmen, selbst wenn der Antrag nur von den Freisinnigen ausgegangen wäre, wenn sie Aussicht auf Erfolg hätte. Es ist eine eigenmächtige Entscheidung, daß die Deutschen immer in erster Linie stehen auf Seiten der humanen Tendenzen, während die Vertreter der anderen Staaten nach der anderen Seite neigen. Wie die gegebenen Körperhaften und Regierungen stehen, weiß ich nicht. In der Tat haben die realen Verhältnisse, die Veränderung des Seehandels und die Veränderung der Mittel in der Seefahrt die Sachlage geändert zu Ungunsten des Schutzes des Privateigentums zur See. Seeschiffen entstehen sehr selten über das Schicksal der Staaten, sondern erst die Folgen der Seeschiffen sind entscheidend. Nach einer Seeschiffahrt ist ein größerer oder geringerer Verlust an Schiffen eingetreten; die Neigung Frieden zu schließen wird nicht verhängt durch eine Seeschiffahrt, sondern entscheidend ist die Schädigung des Handels und die Bedrohung des Gegners durch das Landheer; wo die Länder nicht benachbart sind, ist aber mit dem Landheer nichts zu machen. Da wird man des Handels durch die Flotte bedrängen müssen. Es kann also die Herabsetzung des feindlichen Handels ein unumgängliches Mittel bleiben. Der Krieg führt, will seinen Zweck auf gewaltsame Weise erreichen. Daran folgt weiter, daß die Stellung der Seemächte zu der angeregten Frage eine sehr verschiedene ist. Mächte, die mit einem Seekrieg rechnen müssen, werden nicht geneigt sein, auf die Zerstörung des feindlichen Handels zu verzichten. Es handelt sich nicht bloß um das Gut, sondern um das Schiff. Das Seebüchrecht umfaßt nicht bloß das feindliche Gut, sondern auch das feindliche Schiff. Ein Staat kann das Interesse haben, zum Seekriege zu greifen, ohne daß er auf Beute ausgeht. Mit der Küstenblockade fängt die Sache gewöhnlich an. Es ist von Rechtslehrern darüber gestritten worden, was eine effektive Blockade ist: denn eine Küste kann nicht wie eine Festung eingeschlossen und bewacht werden. Wenn ein Schiff die Blockade durchbricht, wird es weggenommen. Das ist dasselbe, als wenn für eine eingeschlossene Festung ein Eisenbahnzug, mit Getreide beladen, ausgerüstet würde; dieser würde ebenfalls weggenommen werden. Daß die Kreuzer einen großen Schaden anrichten können, hat der Handel von Nordamerika erfahren. Abgesehen Millionen Dollars sind als Entschädigung gezahlt worden und der indirekte Schaden war noch größer: die Rhederei ist in andere Hände übergegangen. Ich möchte also vor einer Unterschätzung des Seekrieges warnen. Daß Nordamerika das befugt hätte, daß es der Pariser Konvention nicht beigetreten ist, kann ich eigentlich nicht begreifen. Nordamerika wurde geschädigt nicht durch eine Macht, die die Konvention mit abgeschlossen hat, sondern durch einen Bürgerkrieg. Heute tagen auf allen Ozeanen große Schiffe mit großer Schnelligkeit, die man für Kriegszwecke brauchen kann.

**Abg. Fesfen (natl.)** glaubt, daß alle Schwierigkeiten durch internationale Abmachungen leicht beseitigt werden könnten, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre.

**Abg. Orterer (Sennum)** erkennt die humane Tendenz des Antrages an, aber er glaubt, daß man auf die politische Lage Rücksicht nehmen müßte; deshalb giebt er den Antragsteller an, den Antrag zurückzustellen oder zu ändern. Seine Freunde würden nicht in der Lage sein, heute für den Antrag zu stimmen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Auf eine Anfrage des Abg. Rickert, ob, wie in der Budgetkommission angekündigt war, eine Petition des Opatzka ausgewiesenen Reisenden Eugen Wolf eingegangen sei, erklärt Abg. Büsing, daß die Petition der Petitionskommission überwiesen sei, wo sie demnächst zur Verhandlung kommen werde.

Darauf wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, ebenso die übrigen Ausgaben des Auswärtigen Amtes.

(Schluß folgt.)

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. März 1892.

## Achtung, Genossen!

In kürzester Zeit wird zur Belebung der Agitation für die Verbreitung der „Volkswacht“ ein Flugblatt gedruckt werden. Wir eruchen nun die Genossen an allen Orten, uns beizunehmen die Zahl der Flugblätter

anzugeben, die sie für sich zu brauchen gedenken, damit die ungefähre Höhe der Auflage baldigst bestimmt werden kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die Press-Kommission.

Wie kann man die politische Gleichgültigkeit unserer Arbeitsbrüder am leichtesten und zweckmäßigsten beseitigen? Wenn wir uns durch Wort und Schrift wappnen mit den Waffen des Geistes! Wenn wir uns rüsten mit dem ehernen Schilde der Wahrheit. Unsere Lenden gürtet mit dem Schwerte der Vernunft. Und unsere Waffen ölen mit dem Öle der Bruderliebe. Jeder Arbeiter muß ein tüchtiger Kämpfer sein und seinen Platz in der modernen Bewegung voll und ganz ausfüllen, indem er seinen Gegner bekämpft, zugleich aber neue Streiter wirbt. Wol ist der Kampf ein schwerer, doch dürfen wir nicht erlahmen, nicht ermatten. „Immer vorwärts!“ ist unsere Parole. Gar manchem scheint der Weg etwas lang und mehr oder weniger schwindet sein Interesse an dem Kampfe, der ihm mehr Mühe als Freude bereitet. Doch vorwärts, Brüder! Seht Ihr nicht das Morgenrot der neuen Zeit?! Ohne Opfer kein Lohn, ohne Kampf kein Sieg! Und wenn wir wirklich nichts weiter von unsrem Opfermut hätten, als uns in den Strahlen dieses Morgenrotes zu sonnen, so können wir doch am Ende unserer Laufbahn mit gutem Gewissen sagen, daß wir für eine gerechte Sache eingetreten sind. Sehen wir uns den Philister an, der da sagt: „Ich lebe ja zufrieden, was kümmern mich die andern“. Er kennt nicht die heiligen Bande, die uns zusammenketten! Er kennt nicht die Freude, die Lust, die uns befeelt in unsrem politischen Leben und Streben! Kalt und herzlos, ein halber Narr, verbringt er sein Leben. Wir, ein einzig Volk von Brüdern, leben und sterben für unsere Ideen! Unsere vornehmste Pflicht ist die, daß wir fortwährend die Brüder, welche unserer Bewegung noch fernstehen mit unseren Zielen bekannt machen und stets auf dem Laufenden erhalten. Zu diesem Zweck bedürfen wir aber selbst einer fortwährenden Schulung. Wir müssen uns befechtigen, immer tiefer einzudringen in die Kunst der Rede. Darum kommen wir nach des Tages Last und Mühen in unseren Les- und Diskussionsklubs zusammen zum geistigen Austausch unserer Pläne und Ideen, sowie zur Besprechung politischer Tagesereignisse. Hier ist einem jeden unserer Brüder Gelegenheit geboten, sich auszubilden zu einem tüchtigen Kämpfer für unsere Sache. Ist er nicht begabt, ein geübter Volksredner zu werden, so erhält er hier den besten Stoff, die beste Art zur Agitation von Mund zu Mund, welche letztere oft mehr Früchte trägt, als manch Referat, gehalten vor einer großen Volksversammlung. Der Les- und Diskussionsklub „Solidarität“, welcher jeden Mittwoch im Lokal des Herrn Küster, am Lehndamm 28, tagt, hat von jeher obigen Anforderungen entprochen. Durch belegende Vorträge und interessante Diskussionen werden unsere sozialistischen Ideen gepflegt und das Solidaritätsgefühl rege gehalten. Nach Schluß der Versammlungen ist in der Regel noch gemütliches Beisammensein und unser Klubwirt ist stets bereit, seine Gäste zufrieden zu stellen. Genossen, Brüder! Führt unserem Klub immer und immer wieder neue Mitglieder zu und sorgt dafür, daß er für die Sandorstadt, das Oberlar und Scheitnig die Metropole unserer Agitation werde.

Ein Oberlarbruder.

Das hier Gesagte gilt auch in gleichem Maße von den Klubs „Gleichheit“, jeden Dienstag im Gasthaus „zum Hahn“ auf der Vorwerkstraße tagend, — „Freiheit“, am gleichen Abend im Gasthaus „zum Hofenham“ in der Ludwigstraße tagend, sowie von dem Klub „Es werde Licht“, welcher heute in Oltz's Brauerei tagt. Wer diesen Les- und Diskussionsklubs neue Mitglieder wirbt, hat sich um die Weiterverbreitung unserer Ideen verdient gemacht und in diesem Streben müssen die Mitglieder aller bestehenden Organisations mit einander wetteifern. Dann werden wir mit immer größerem Nachdruck unsere Ansichten und Ideen verbreiten können zum Heile der schlesischen Sozialdemokratie!

Fasten-Firtenbrief. Der Fürstbischof von Breslau hat es für nötig gefunden, seinen Gläubigen durch seinen Fasten-Firtenbrief die Gebote der Sittlichkeit eindringlich anzuhängen zu legen. — „In unserer Zeit herrscht Gegenwärtigkeit“, ruft er, „und man hat die Gebote Gottes über Bord geworfen. Man hat die Sittlichkeit über Bord geworfen. Man hat die Sittlichkeit über Bord geworfen.“

hat sie es „bitter in den Verirrungen und Greueln des Heidentums büßen müssen.“ Welches Heidentum mag damit wol gemeint sein? Etwas der Buddhaismus, welcher mehr als ein Jahrtausend vor der Kultur Europas bereits einen halben Weltteil auf einen Standpunkt der Wissenschaft und Sittlichkeit erhob, zu einer Zeit, als das Volk Israels kaum etwas anderes als eine Sclavenschar Ägyptens war — oder: Griechenlands „heidenische Greuel“ zu jener Zeit, als sich im Dienste der „Verirrungen“ des Heidentums daselbst eine freie Wissenschaft und Kunst bildete, welche durch die Einwirkung des christlichen Mittelalters leider beinahe gänzlich zerstört wurde, zu jener Zeit, als das griechische Volk sich eine freie, republikanische Verfassung schuf, während sich Israel von verschlagenen Priestern und Priesterkönigen regieren ließ? Herr Kopp wendet aber nur den schauerlichen und unbestimmten Ausdruck „Heidentum“ an, ohne sich näher zu erklären. Wir sind jedoch der Ansicht, daß uns diese „Greuel eines Heidentums“, denen wir die Dichtungen eines Kalidasa, die astronomischen Beobachtungen der chinesischen Jahrbücher, einen Homer, Plato, Aristoteles, Praxiteles, einen Lucius Carus, einen Virgil, Horaz, Cicero, und andere Männer verdanken, besser erscheinen, als die Greuel einer Weltordnung, welche einen Alexander VI., einen Ezzelin, die Folter, die Hexenprozesse, welche die Naturforschung für Jahrhunderte zurückdrängte, die Kultur um ein halbes Jahrtausend zurückbraute, und welche jene sittenlosen Spanier zu Avignon, auf dem Konzil zu Konstanz, an den Höfen der Päpste und Bischöfe, sowie in vielen Klöstern hervorbrachte. Griechenlands argste politische Verwirrung hat zwar Bürgerkriege und politische Morde, auch einen Alcibiades gesehen, dem Christentum aber war es vorbehalten, den Dämonenmantel für die Greuel eines Konstantin, Chlodwig, Karl I. u. s. w. anzulegen. Das Heidentum kannte wol menschliche, sinnliche schwache Götter. Aber einen Jehova, der Juden, der die Privilegien seiner Dienerschaft verweigerte, von der Erde verjagt, den Mordmord (Abthala), den Reuehormord, begangen am Ostertage (Jucht) heilig, kannte es nicht. Aber „die Greuel des Heidentums, unter welchem die Leidenschaften alle Dämme und Grenzen überfluteten“ (meint Herr Kopp nämlich) — sind ja vorüber und wir haben seit neunhundert Jahren Gelegenheit, uns von der neuen Welt- und Heilordnung zufrieden stellen zu lassen oder den Staub von unseren Füßen zu schütteln und unsere Seele den künftigen Weg zu einem andern, jungfräulichen Sterne nehmen zu lassen. Der Kreuzestod hat die Welt verjüngt, die Menschheit hat nun in Freude, Sauf und Braus, und die Priester spielen die Verführer, wo doch eigentlich nichts mehr zu verführen sein sollte. Aber leider hat die Lehre der Liebe und Verjüngung ihren Beruf bis jetzt verfehlt, hat mit Religionskriegen zu ihrem Bestehen die Menschheit gespalten und zerstört. Da giebt es ja wol für unseren staatsgewandten „Harn“ vieles zu verjähnen. „Glaube und Unglaube stehen sich mehr als je im heiligen Kampfe gegenüber.“ Wird Herr Kopp hier verjähnen, verurteilen? Sicherlich nicht! Also nur nicht nominieren! Verjüngung ist ja wol eine schöne Theorie. Aber in der Praxis — o weh! Es ist, wie mit einem jenseitigen Tischtrage. Man kann die beiden Stühle wieder aneinander nageln, aber das Tischwerk macht Niemandem Freude. Am besten ist es, man wagt beide Teile weg und bedt ein neues Tischtrage über. Glaube und Unglaube und Herr Kopp als verjüngender Genus in der Mitte! Welch unglückliches, unmögliches Bild! Der Unglaube, der sich durch Herrn Kopp verjüngt, wäre kein rechter Unglaube, wäre ein abgejüngter, etwas zergrünter Feigen vom Tischtrage des Glaubens. Anders der echte Unglaube. An ihm giebt es nichts zu verjähnen. Er ist das neue Tischtrage, auf welchem der Welt eine gesunde Speise angetragen werden soll. Aber schon wirkt das „Sift des Unglaubens“ am Körper der Menschheit: Die Unsitte greift in erschreckender Weise um sich (meint der Verfasser des Firtenbriefes nämlich). Weiß dieser Herr nicht, daß unter der allgemaligen Herrschaft der Kirche die Unsitte nicht noch viel größer war? Ist ihm unbekannt, daß die klaren, wissenschaftlichen, bewußten Meisten meist moralische Menschen sind, wie durch Statistiken bewiesen ist? Das ein Hume, Darwin, Humboldt, Marx u. a. ein moralisches Leben führten? Wenn verdant wir die besten Sittlichkeitslehren ungläubigen, Philosophen. Hat nicht ein solcher, Schopenhauer, auf Grund echt heidnischer, vielfach dem Buddhaismus entnommener Prinzipien eine Sittlichkeit gelehrt, die an reinen Gedanken und echter Sittlichkeit alles übertrifft, was in diesem Jahre je geleistet worden ist?

Aber, es ist wahr, Unfreiheit und Unsitte zeigt sich wieder einmal sehr offen an dem Körper der Gesellschaft. Und welches Mittel weiß Herr Kopp zur Heilung anzupreisen? „Der Geist Christi muß die Menschheit wieder durchdringen, christlich denken und christlich handeln müssen wiederum alle, Hoch und Niedrig, Arm und Reich, Weisheit und Ungelehrte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Nun, wir wissen noch ein anderes Mittel, welches sicherer wirkt! Christlich denken nicht alle. Beispiele beweisen es. Der christliche Reich verjüngt die christliche Arme, welche der Hunger zwingt, sich zu prostituieren, der Hohe tyrannisiert den Niedrigen und macht ihn seinem Willen untertan, der Gelehrte, vor allem die weise Gelehrte, verachtet den Ungelehrten und läßt ihn achselzuckend in seiner Dummheit zu Grunde gehen, der Arbeitgeber (!) verjüngt seine Arbeitnehmerin oder treibt sie mit Hungerlöhnen der Prostitution in die Hände — aber: Arm und Reich usw. gehören zur „göttlichen“ Weltordnung und müssen erhalten bleiben! — Vermindert doch leider diese Gegenjähre, sowie das irgend möglich ist, und dann predigt Sittlichkeit, so nicht die unmoralische Abhängigkeit vieler von dem grausamen Willen Einzelner und dann predigt Sittlichkeit! Was nützt es, das Familie und Schule den Geist des Christentums pflegen, das heutige Leben tritt oft die schönsten Blüten zu Boden. Auch das neue Volksschulgesetz wird nichts helfen können. Ihr könnt nicht helfen, weil Ihr nicht helfen wollt. Der Sozialismus allein ist im Stande, auch das Problem der Moral endgültig zu lösen. So viel auf die Einklämung des Firtenbriefes, der welcher wir uns leider etwas lange aufhalten mußten. Der Hauptteil ist nichts mehr, als eine Predigt über die Keuschheit und Ehe, wie sie jeder Durchschnittsman auf dem Lande liefern kann. Wir werden nur noch einzelne Unrichtigkeiten zu berichtigen haben. So z. B. ist es unrichtig, wenn Herr Kopp schreibt: „Die Stimme Gottes ist es, welche in dem schönsten Geulte der menschlichen Sprache Unfreiheit und Herzenskälte heilt.“

weist.“ Zwar dunkel ist der Rede Sinn! Doch sind wir geneigt anzunehmen, mit den „schönsten Geulten“ seien die Werke der Poesie gemeint. Bekanntlich aber gehören die schönsten dichterischen Werke bei allen Völkern der erotischen, d. h. der Liebespoesie an, nicht die der Aufschwundberühmung hyperischer Jungfrauen. Unrichtigkeit ist es, wenn es heißt: „Besucht die Spitäler und betrachtet die Unglücklichen, die hier die Opfer der Nächstenliebe genießen; auf ihrem Angesichte singet ihr die Ursache ihrer Leiden eingepreßt.“ Damit meint Herr Kopp die Unsitte! Das ist ja echt christlich, dort von „Opfern“ der Nächstenliebe zu sprechen, wo der ateistische Sozialist von „Plakaten“ sprechen würde, oder der Kranke einfach auf das Krankenbuch und seine Krankenakten hinweisen kann. Auch ist es wol bekannt, daß nicht venetische Krankheiten allein, sondern auch Unglücksfälle, Influenza und — die Protosterkrankheit z. ins Spital führen! An einer anderen Stelle spricht sich der Brief über den herrlichen Versuch des Ordenshandes aus. Wir jedoch möchten es in Betracht verschiedener Entstellungen, welche zu allen Zeiten über das Klosterleben von Ordensleuten gemacht worden sind, nicht für geraten erachten, den Ordenshand aus das Beispiel für ein sittliches Leben geben zu lassen. — Im zweiten Teile des Firtenbriefes, welcher von der Ehe handelt, drückt sich der Verfasser mit großem Geschick um die Frage der Zivilehe herum.

Wir wollen einmal die Zivilehe vom kirchlichen Standpunkte aus, aber ohne Umschweife betrachten. Wir stellen demnach folgende Sage auf: Entweder die Ehe ohne kirchliche Trauung ist eine Sünde, (denn sie schließt von Empfang der Sakramente aus) ist nach kirchlichen Begriffen ein Konfubinat, dann begehrt der Staat, insofern er durch die Ziviltrauung dieser Sünde Vorwissen leistet, selbst eine Sünde, was doch einem auf christlichen Grundsätzen beruhendem Staate nicht passen dürfte. Zugleich wird dadurch aber das Ansehen des Staates herabgesetzt, der Staat verliert seine Stellung als eine von Gott angelegte Ordnung; oder — der Staat hat die Ehe zu schließen, die Ziviltrauung genügt, dann ist die kirchliche Trauung ein Luxusartikel, also unnötig; auch sind sie unter Umständen sogar unangenehm. Hieraus wäre also zu fragen: Welche Trauung verbindet vor Gott? Welche ist die wahre Ehe? Die Ehe hat den Zweck, Gottes Willen zu vollziehen und christliche Kinder zu erziehen. Wie man die Sünde, besonders die Sündenlosigkeit von den Kindern fernhalten soll, giebt Herr Kopp an, wenn er schreibt: „Von der Sünde, die unter Christen nicht genannt werden darf, soll das Kind keine Ahnung erhalten usw.“ Aber wenn das Kind dann später in den Reichunterricht geht und einen der bekannten kleinen „Heftspiegel“ in die Hand bekommt, dann ist es jedoch mit der Unwissenheit zu Ende. Die Fragen über das 6. Geodot sind in diesen Heftchen sehr ausführlich behandelt. Glaubt Herr Kopp vielleicht, daß die Eltern herausurage die Kinder zur Unsitte abrichten und er nun verurteilt die Eltern zur Pflicht zurückzuführen? Um aber die Kinder vor bösen Einflüssen zu bewahren, giebt es bekanntlich nur zwei radikale Mittel: Entweder die Kinder beständig zu bewachen, sie gleichsam stets am Schutzbüchlein herumzuschleppen — was aber besonders bei untern wirtschastlichen Zuständen nicht möglich ist, oder den Kindern auch in jenen „armen“ Angelegenheiten eine Klarheit zu verschaffen, welche sie den Anreizen der Sünde gegenüber widerstandsfähiger macht, da ja diese oft erst durch den Scharf des sie umgebenden Gewissens ihre gefährliche Bedeutung erhalten. Zu dieser Erziehung gehört aber vor allem ein scharfer Takt und eigene tiefe moralische und wissenschaftliche Bildung. Wenn aber die Kinder von klein auf auf die Straße geworfen sind oder in der Atmosphäre der Fäulnis aufzuwachsen, dann kann von einer sittlichen Erziehung nicht die Rede sein! Auch die katholischen Junglings- und Jungfrauenvereine, welche der Fürstbischof anpreist, werden hier keine Wirkungen mehr erzielen können. Hier muß man Bildung und wirtschaftliche Freiheit für die Eltern fordern! Dann erst werden sie erziehen können! Diese aber kann unsere, von der Kirche privilegierte göttliche Weltordnung nicht mehr bieten. Nur der durchgeführte Sozialismus bietet uns hier die nötigen Garantien. Zeit und Raum erlauben es leider nicht, uns noch näher aus über verschiedene andere Stellen des Firtenbriefes auszupressen, so z. B. über das schöne Kapitel von der Heiligkeit des Ehestandes sowohl, als auch der Ehelosigkeit. Antipode.

Versammlung von Konsumvereins-Mitgliedern.

Am 4. März fand in Kösters Brauerei eine Versammlung von Mitgliedern des Konsumvereins statt. Herr Bergmann eröffnete dieselbe. Derselbe, zum Vorsitzenden gewählt, teilte mit, daß er die Versammlung einberufen habe, und daß der Zweck derselben der sein soll, Mittel und Wege zu finden, das Interesse für den Konsum-Verein zu erwecken und eine gesunde Opposition herzustellen. Die Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung sei unter dem Zeichen des roten Geppensies eingeleitet worden, und zwar hervorgebracht durch einen Artikel in der „Volkswacht“, welcher am 25. Februar erschien und eine kolossale Aufregung hervorrief. Die Tagespresse, vornehmlich die „Breslauer Morgen-Zeitung“ vernachlässigte sich desselben, versah ihn mit allen möglichen Randbemerkungen und posante der Welt aus, die Sozialdemokratie wolle die Majorität, um den Konsumverein zu erobern und ihn zu Parteizwecken auszunutzen zu können. Nach der Delegiertenwahl machte die Tagespresse übereinstimmend bekannt, daß von den gewählten 203 Delegierten 23 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören. In dieser Mitteilung verstieg sich die „Bresl. Morgenztg.“ sogar soweit, zu ermahnen, daß zwei Herren von der sozialdemokratischen Partei, welche früher die Führer der Opposition gegen den Konsum-Verein gewesen sein sollen, nicht zu den Delegierten gehören. Diese Erklärung der „Morgen-Zeitung“ bezeichnet Ködner als eine heidenische Lüge. Wenn die

genannte Zeitung die beiden Herren als sozialdemokratisch benutzte, dann hätte sie Beweise dafür erbringen müssen, es liege auf der Hand, daß man planmäßig vorgegangen sei, um die Opposition als sozialdemokratisch zu stempeln. Es müsse hier entschieden der öffentlichen Meinung Ausdruck gegeben werden, welche dahin geht, daß der Artikel der „Volkswacht“ eine dem Einsender gut bezahlte Arbeit von gewisser Seite ist, welche aus Versehen aufgenommen wurde, aber dafür könne man doch nicht ihn, oder die Mitglieder verantwortlich machen, welche die Mißstände im Konsumverein nicht guthießen können. Er (Redner) erklärt, er gehörte der Statuten-Revisions-Kommission an und hat, wie ihm dies von verschiedenen Seiten unumwunden zugestanden worden ist, seinen Teil dazu beigetragen, daß manches Reaktionsäre nicht in die Statuten hindübergenommen wurde, auch habe er dafür gewirkt, daß die seit Juli v. J. eingeschriebenen Mitglieder wahlberechtigt sind, die es noch nicht sein sollten. Nun ließ sich Herr Bergmann über die Wahrheitsliebe des Lokalkorrespondenten der „Breslauer Morgenzeitung“ aus. Bald nach Erscheinen des im bestimmten Artikels habe er demselben über seine Handelsweisse Vorstellungen gemacht und ihm auf den Kopf gesagt, daß die Notiz unter dem Einfluß der Direktion des Konsumvereins geschrieben worden sei, was er (der Redakteur) mit den Worten abwies: „ich lasse mir nicht in's Handwerk pfuschen, ich arbeite alles selbst.“ Im Uebrigen bemerkte er, er hätte keine Veranlassung zu einer Berichtigung. Doch stand an verdeckter Stelle im lokalen Teil der „Morgenzeitung“ eine solche, allerdings nicht in der Form, wie sie von einem anständig sein wollenden Blatt verlangt werden kann. Herrn Köppen gegenüber erklärte der Redakteur, man habe ihm den betreffenden Artikel zugesandt. Wer lügt da? Die „Morgenzeitung“ habe nach dem Grunde gehandelt: wer die Macht hat, hat das Recht. Hinsichtlich der von ihm gemachten Opposition könne er behaupten, daß diese nur sachlich war. Wenn ein Institut, wie der Konsumverein, eine gesunde Opposition nicht vertrage, dann sei etwas faul im Staate Dänemark. Da einmal die „Morgenzeitung“ mit Namensnennung begonnen habe, so glaube er berechtigt zu sein, auch seinerseits Namen zu nennen. Herr Morgenstern habe in der Statuten-Beratungs-Kommission gefragt, ob es denn wahr sei, daß mehrere Mitglieder des Verwaltungsrates verwandt und verschwägert sein sollen. Man habe ihm geantwortet, es sei dies der Fall. Genannt wurde Herr Stadtrat Kopisch mit Herrn Kaufmann Neche als Schwägerleute, die Herren Gebrüder Garstädt, die Herren Lehrer Schneider und Kaufmann Schupin als Schwägervater und Schwägerjohn. Herr Morgenstern habe ein solches Vorkommnis in einer Verwaltung als unerhört bezeichnet; man sagte ihm, man habe es nicht gewußt, daß hier enge Verwandtschaft vorliege und gerügt, daß die gewählten Herren ihr Mandat stets auf lebenslänglich behalten, man müsse dafür sorgen, daß frisches Blut in den Verwaltungskörper komme und neues Leben pulsiere. Einige Verwaltungsräte seien ausgeschieden, nur um für den Verein Waren beziehungsweise Arbeiter liefern zu können. So zum Beispiel der Stadtverordnete Kunstschlerrmeister Buhl. Im Weiteren ließ sich Redner über die Vorbereitungen der Delegiertenwahl aus. Es wurden von den Lagerhaltern in Verbindung mit dem betreffenden Verwaltungsrate insgesamt 450 Wahlkandidaten aufgestellt, von denen sich die Direktion 203 Mitglieder, wahrscheinlich die ihr am geeignetsten erscheinenden heranzuchte und sie in den verschiedenen Lagerbezirken verteilte. Ob das überall der Zahl der Mitglieder der einzelnen Bezirke angemessen vorgenommen wurde, entzicht sich der Kontrolle. Ob es irgend dem Konsumverein entgegen treten zu wollen, würde es doch nötig sein, eine Vereinigung zu schaffen, welche gleichsam zur Förderung der Interessen für den Verein wie zur Klärung der Situation beitragen könnte. Eine Versammlung von Männern aus den verschiedensten Berufsständen hatte schon vorige Woche stattgefunden, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, eine derartige Vereinigung ins Leben zu rufen, und er bitte die Versammlung, sich dem Beschlusse anzuschließen. In der darauf folgenden Debatte vermahnt sich Herr Tischlermeister Köppen auf das Energischste gegen die Angriffe der „Breslauer Morgenzeitung“; er bezeichnet die Handlungsweise dieser Zeitung als eine maßlose; man habe ihn nur als sozialdemokratisch denunziert, um ihn als einem selbstständig Gewerbetreibenden den Lebensfaden abzuschneiden, und ihn so für die Opposition unschädlich zu machen. Ferner sprach noch Herr Zahn, welcher betonte, daß der Artikel „Ein wichtiger Tag“ mit der Partei gar nichts zu schaffen habe; ein Einzelner habe den Artikel eingesandt und so kam er in die Zeitung. Die Herren Bernaschius und

Wolke tabellten den Wahlmodus und die Herren Sekretär Britsch und Finster legten ebenfalls dagegen Verwahrung ein, daß die gegnerischen Delegierten Sozialdemokraten seien. Nun wird die Bildung einer Vereinigung von der Versammlung zum Beschluß erhoben und zu der bereits vorgewählten Kommission noch 5 Mitglieder zugewählt, so daß die Kommission zur Verbreitung der Vereinigung aus 10 Mitgliedern besteht. Zur Illustration der Wahlvorgänge teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Wirt eines Lokales, in welchem die Delegiertenwahl, wo auch er (Redner) wahlberechtigt war, stattfand, ihm unterbreitet hätte, ein fremder Herr wäre bei ihm (dem Wirt) gewesen und hätte ihn gefragt, ob er, da Bergmann hier wühle, vielleicht größere Bewachung brauche. Herr Ziegert, der Wirt des betreffenden Lokals, fühlte sich veranlaßt, Herrn Bergmann zu schreiben, daß die Wahlvorstände im betreffenden Bezirke, die Herren Thomas und Haubitz bei ihm wegen Acquirirung der Schutzmannschaft nicht vorstellig wurden. Desgleichen gelangt ein Brief zur Verlesung, in welchem die Selbstergänzungswahl des Herrn Eisenbahnsekretär Steuer zum Verwaltungsrat beanstandet wurde. Nach Annahme der Resolution erfolgte Schluß der Versammlung.

**Selbstmorde.** In der Nacht vom 4. bis 5. d. M. wurde auf dem Bahndamm an der Seidlichstraße der entseelte Körper eines Mannes aufgefunden. Der Leiche war der Kopf vom Rumpfe getrennt, auch war der linke Ober- und Unterschenkel zermalmt und der rechte Arm stark verletzt. In dem Entseelten wurde ein Kanist von der Friedrichstraße ermittelt. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschafft. — Als sich am 4. d. M., Nachmittags 6 Uhr, ein Gasanzünder in den westlichen Turm des Oberschlesischen Bahnhofes begab, um bei den Uhren das Gas zu entzünden, fand er auf dem Boden den entseelten Körper eines Mannes vor. Die Untersuchung ergab, daß sich der Mann an einem Balken erhängt hatte, durch längeres Hängen aber der Strick gerissen war. In dem Entseelten wurde ein Aktenhefter rekonstruirt. Die Leiche wurde von dessen Ehefrau nach ihrer Wohnung auf der Subenstraße überführt.

**Leichenschlepper.** Einem Musiker von der Ottostraße, der sich in der Nacht vom 1. bis 2. d. M. auf der Universitätsbrücke niedergelassen hatte und eingeschlafen war, wurde eine silberne Remontoir-Uhr mit Kopekenkette und ein Portemonnaie mit 25 Mark Inhalt gestohlen.

**Von der Oder.** In der verfloßenen Nacht zeigte das Thermometer bei Nordostwind 9 Grad Kälte. Gestern Morgen stülte sich leichter Schneefall ein. Der Eisstand der Oder erübricht sich bereits wieder bis zum Strauchweh hinaus, über welches noch mattenhaft Treibeis abzieht. Vorgestern wurden die Eisarbeiten im Schlinge wieder aufgenommen. Gestern wurde mit Aueiseln des Filters IV begonnen; das Eis hat bereits eine Stärke von 5 Zoll erreicht. Der Dampfer „Kronprinz“ mußte infolge des Eisstandes seine Fahrten nach Dhlau einstellen und hat seinen Stand in der Obelermündung eingenommen. Zwei Holzschiffe, welche ihre Ladung am Wältschen Plage gelöst hatten, konnten noch rechtzeitig die Obelermündung erreichen, um hier Schutz gegen das Treibeis zu finden.

**Von städtischen Anstalten.** Der Personalbestand im städtischen Arbeitshaus betrug Anfang Februar: 372 Männer, 168 Weiber; hinzu kamen im Monat Februar 52 Männer, 7 Weiber; entlassen wurden 27 Männer, 17 Weiber, so daß Ende Februar internirt blieben 397 Männer, 158 Weiber, in Summa 555 Individuen.

**Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 4. d. Mts. 38 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: Einem Kaufmann auf der Kupfer-Schmiedestraße ein heller kariertes Kranz. — Abhanden kam: Einem Fahrwerkbesitzer aus Steinau ein schwarzer Pelz. — Gefunden wurden: Ein Regenohrm und ein Bruchband.

**Breslauer Marktbericht vom 5. März vor 100 Klogr.**

	gut	mittel	geringe Waare
	hoch nicht.	nicht nicht.	höchst nicht.
Weizen, weißer . . .	22,20	21,90	21,10 20,60 19,20
Weizen, gelber . . .	22,10	21,80	21,10 20,60 19,20
Roggen . . . . .	22,00	21,60	20,60 20,60 19,60
Gerste . . . . .	17,90	17,20	16,20 15,70 14,70
Hafer . . . . .	14,80	14,20	13,50 13, — 12,50
Erbsen . . . . .	21, —	20,30	19,50 19, — 18, —

Ha (neu) 2,40—2,80 RM. pro 50 Kilogramm.  
 Roggenstroh 27,00—30,00 RM. pro 600 Kilogramm.

gefunbenen Volks-Versammlung sind unsere Gegner keineswegs erbaut. Da sie aber in der Versammlung selbst nichts machen konnten, schimpfen sie nun deno kräftiger in einer anonymen Einsendung an das „sinnige“ Wochenblatt, das den Dunkelmännern gern seinen Raum zur Verfügung stellt. Es heißt in dem erwähnten „Eingefandt“:

In der am vergangenen Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Volksversammlung hat ein Redner seinem Betreuer darüber Ausdruck gegeben, daß keine Gegnerschaft sich zeige, trotzdem eine solche in der letzten Kreis-Synodalkonferenz angekündigt worden sei. Gewiß ist in jener Synode der volle Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, sofern sie die Grundlagen und Ordnungen unseres christlichen Volkslebens gefährdet, zum Ausdruck gekommen — ein Erscheinen in sozialdemokratischen Versammlungen ist aber Keinem zur Pflicht gemacht worden. Es ist allerdings erklärt worden, daß es manchmal recht wirksam sein könne, wenn die auf die Leichtgläubigkeit der Zuhörer berechneten Behauptungen sofort widerlegt würden; aber es sei besonders für Geübte mancherlei zu bedenken, ehe sie sich in eine solche Versammlung begäben. Letztere sind übrigens am Sonntage in größeren Gemeinden so beschäftigt, daß ihnen, auch wenn sie wollten, die Zeit zum Besuch meist fehlt. — Das mag dem betreffenden Redner nicht bekannt sein. — Einige Bemerkungen seien noch gestattet: Die Rede des Herrn Stolpe scheint ja recht „friedlich“ gewesen zu sein. Natürlich! Es galt Mitglieder zu gewinnen. Seid nur ruhig, „an das Besitzen der Expropriation braucht Ihr nicht zu glauben!“ so sagt Herr Stolpe nach dem Vortrag. Wirklich nicht? Trotz der gefaßten Resolution „nur durch die Umgestaltung der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische ist eine endgiltige Besserung unserer Verhältnisse zu erwarten? Und trotz Bebel, welcher sagt: „In erster Linie ist das Privateigentum durch eine große Expropriation in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln?“ und trotzdem dieser Satz der Kern und Stern der ganzen sozialdemokratischen Bewegung ist? Ist Niemandem der Herren dieser Widerspruch aufgefallen? Oder sollte vielleicht vor der Fülle der in der Rede und den Resolutionen gebrauchten „Fremdwörter“ die Bedeutung derselben der Versammlung etwas „fremd“ gewesen sein?

Der andere Satz, „in vollstem Frieden und auf geistlichem Wege luche man die Jozen der Sozialdemokratie zu verwickeln; der blutige Angriff werde verabsäumt“, klingt ja wunderschön, so beherzigend für ängstliche Gemüter, so ermutigend zum Anschluß an diese „friedliche“ Partei! Ist es aber auch wahr? Redner der Herr Referent auf schwaches Gedächtnis oder Unwissenheit? Er selbst wird ja wol die Reden seiner „Genossen“, der Führer Bebel, Liebknecht und Singer kennen und so manche andere offizielle Äußerungen seiner Partei. Je nachdem, wann's notwendig erscheint, wird die Friedensschamkel, ein andermal die Kriegstrompete geblasen! Das ist die Taktik. Es sei jedem, der sich darüber beschreien will, das Buch von Hans Blum „Die Lügen der Sozialdemokratie“ empfohlen.

Noch eine Bemerkung zur zweiten Resolution! Wie viele von der Versammlung mögen wol den „Volkschulgelehrtenwart“ gelesen haben? Die Versammlung der Herren „Nachkämpfer“ wird es wol den außerhalb Stehenden nicht verdenken, wenn sie ihrerseits es für „naiv und absurd“ erachten, daß dieselbe das Heil der Volkserziehung von Einrichtungen erwartet, durch welche die Religion als Privatfache erklärt, die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken ausgesprochen und die „Wirklichkeit“ (1) der Schule durchgeführt wird. Wer einseitig ist und es gut meint mit dem Volk, der hält sich fern von einer Partei, die der Schule, dem Volk die Religion nehmen will.

Wenn dann schließlich die Versammlung allen „von der Regierung und den herrschenden Klassen“ ausgehenden Reformvorschlägen feindlich und ablehnend gegenübertritt, so wird jeder Urteilsfähige darin nur „eine Konsequenz der fortwährenden und kulturfeindlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie sehen. —

Damit sollte also die Sozialdemokratie nun mausetot geschlagen werden. Doch leider dauerte die Freude der Herren mit Donsur oder Bässchen nicht lange. Bereits in der nächstfolgenden Nummer fanden sie zu ihrem starren Entsetzen ein anderes „Eingefandt“, dessen Inhalt, wie wir glauben, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Dasselbe lautet:

Dem betreffenden Herrn, welcher unter der Rubrik „Eingefandt“ in der 2. Beilage zu Nr. 24 des „Saganer Wochenblattes“ bemerkt, daß in der letzten Kreis-Synodalkonferenz ein Erscheinen in sozialdemokratischen Versammlungen Keinem zur Pflicht gemacht worden sei, rufe ich zu: „Naget die Lügen ab und redet die Wahrheit!“ Reist es nicht in der Beilage zu Nr. 97 des „Saganer Wochenblattes“ vom Dienstag, den 18. August 1891: „mohlan, das geistliche Amt trete in das Volk — aber ohne das Amtskleid! Es ist die Zeit der Versammlungen! Also hinein!“ und weiter unten heißt es: „Öffentliche Versammlungen bieten ihrer besonders Gelegenheit, um die utopistischen Vorurteile, durch welche die Führer die Massen ködern, in ihrer Torheit und Unmöglichkeit bis ins Einzelne hinein darzulegen. Aber man sei gut gewappnet! sonst bleibe man liegen dahinter.“ Daß der betreffende Herr nicht gut, sondern herzlich schlecht gewappnet war, weiß ich sehr wol, sonst hätte derselbe den Mut besessen, mir in öffentlicher Versammlung zu widersprechen. Auch muß ich den hier nicht anwesenden Herrn Stolpe verteidigen. Wir wissen sehr wol, was Expropriation heißt, und haben den Sinn der Fremdwörter sehr gut verstanden. Aber der Herr scheint wol nicht verstanden zu haben, daß wir nicht expropriren wollen, sondern das uns Expropriirte, das uns rechtmäßig Zustehende behalten, resp. zurückgeben wollen. Mein Herr, wenn Sie nicht Jemanden hinter der Tür, wenn Sie nicht selbst dahinter stehen. Wir haben kein schwaches Gedächtnis, denn wir wissen sehr wol, was am 12. August 1891 gesagt wurde. Wir sind auch nicht unwissend, denn wir wissen sehr wol, daß man unter „revolutionärer Partei“

Schlesien.

Sagan. Ueber den Verlauf der letzten hier statt-

sich nicht immer eine Partei, welche im offenen und blutigen Vernichtungskampfe steht, denken darf! Auch das heißt revolutionär, wenn man ein bestehendes System auf gesetzlichem Wege in ein nicht bestehendes umwandeln will. Außerdem rate ich Ihnen, sich nicht zu der Partei zu zählen, welche gern einen Klassenkampf provozieren möchte, denn Leute, welche so viel von christlicher Religion sprechen, sind die schlimmsten Antisemiten, und das es in Deutschland nicht so weit wie in Rußland kommt, dafür bürgte ich Ihnen, denn die Sozialdemokratie, welche sich sagt: ein gleiches Recht für Alle! würde sich unbedingt auf Seite der Unterdrückten stellen.

Ueber das Volksschulgesetz will ich noch kurz folgendes berichten. Ihr Herr von Bismarck, und besonders ihr Konservativen, die ihr stets das Christentum im Munde führt, ihr müßt es auch gefallen lassen, so lange als Heuchler betrachtet zu werden, bis ihr euer Christentum durch die Tat bewähret.

Christus verlangt, daß wir alle Menschen als seine, als unsere Brüder betrachten sollen, er verlangt, daß der Reiche sein irdisches Gut mit dem Armen teile. Nun gibt es aber noch ein höheres Gut, und dies heißt Bildung. Sieht ihr Herren den Armen wie euch selbst, dann müßt ihr zunächst darauf bedacht sein, ihm so viel Bildung zu geben, als nötig ist, als ihr selbst habt. Tut ihr das, dann habt ihr nicht zu befürchten, daß euch euer irdisches Gut mit Gewalt genommen werde. Ist die Bildung allgemein, dann wird eine menschenwürdigere, eine Gott wolgefälligere Verteilung dieser Güter sich in friedlicher Weise vollziehen. Daß die Kirche die soziale Frage nicht löst, sehen wir an Belgien, daß die Kirche den Thron nicht stützt, beweisen uns Spanien und Frankreich. Wie die Kirche die Sittlichkeit und das Volkswohl befördert, davon giebt uns Rußland ein abschreckendes Beispiel. Die Kirchen haben nur ein Ziel und das heißt Herrschaft. Also, meine Herren, hört auf, euch als eine höhere Gattung zu betrachten, zeigt in der Tat, daß ihr Christen seid, indem ihr, euren armen Bruder wie euch selbst liebend, denselben zunächst an dem besten Gute der Menschheit, der Bildung teilnehmen lasst! Schaffet eine Schule, welche den Kindern möglichst viele nützliche Kenntnisse und rechte Menschenliebe beizubringen sucht, und überlaßt es den Konfessionen, ihren Unterricht nach dem Wunsche der Eltern zu geben. Eure Enkel werden dann, umgeben von gebildeten, gesitteten Mitmenschen, sich eines wahrhaft glücklichen Daseins erfreuen. — Tut's freiwillig und bald, so wird man es euch noch danken. Laßt es euch nicht abzwängen — denn kommen wird es — damit nicht eure Nachkommen an eurer Sünde zu tragen haben!

Adolf Böttner.

**Leubus. 1. März.** Der „ehemalige“ Strafgefangene oder auch der Strafgefangene „a. D.“ Wilhelm Richter aus Stäbteleubus betätigt immer mehr sein bewundernswürdiges Talent im Ausreißer. Er war dieser Tage wieder einmal hier festgenommen worden, wogte aber wieder seinen Wächtern, dem Transporteur und einem hiesigen Bürger, zu entweichen, sprang über einen Zaun und verschwand — vorläufig spurlos. Man wird ihn wieder festnehmen, da er sich ja hier aufhält, und dann — wird er vielleicht zum fünften Male entweichen.

**Oppeln.** „Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen“ — so schildern Augenzeugen die erregten Kämpfe, die in den letzten Tagen zwischen den Elementarschülern und den „Herren“ Gymnasialisten stattgefunden haben. Kolonnenweise zogen sie in kampfbereitester Stimmung auf die Wahlstatt, um ihre Kräfte zu messen; so lange der Schnee die Transition lieferte, ging es noch ziemlich harmlos ab, als aber dann die liebe Sonne dem „Bergnügen“ ein Ende machte, traten die Häuser in die Aktion und man zerhäute sich ganz weidlich. Obwohl dies den Hinterseiten der jungen Kriegsmänner gewiß nicht von Nachteil war, schritt doch die Polizei ein, um dem Unfug auf den Straßen ein Ende zu machen. Ein Gymnasialist soll sich bei der Kampagne gegen den Fuß verrenkt haben; gegen verschiedene Schüler ist die Untersuchung eingeleitet, die wol mit einem Strafmandat abschließen wird, sobald die verehrten „Herren Eltern“ die Kriegskosten tragen müssen.

**Neustadt D.-S.** Wie sich die Selbsteinschätzung bemerkbar macht. In der letzten Stadtvorstandssitzung in Neustadt D.-S. erklärte Kommerzienrat Fränkel in der Debatte über den städtischen Haushaltsplan, daß, wie er wol verraten dürfte, die Firma S. Fränkel nach dem neuen Steuergesetz allein zwei Drittel der gesamten Steuern Neustadts zu tragen haben werde.

**Sagan.** Keine Nachwächter mehr! Seit dem 1. März d. J. giebt es in Sagan keine „Nachwächter“ mehr, da das Nachwachtwesen durch uniformierte Polizeibeamte ausgeübt wird. Das Abpfeifen der Stunden ist auch für immer aufgehoben.

**Kunzendorf bei Neurode.** Das Neueste auf sittenpolizeilichem Gebiet ist, daß unser Herr Amtsversteher dem Bahlverein aus sittenpolizeilichen Gründen die Aufführung der beiden Teaterstücke „Bismarckspende“ und „Preßprozeß“ verbot und daß dies Verbot vom Herrn Landrat einfach bestätigt wurde. Da beide Stücke unseres Wissens bisher in Deutschland noch immer unbeantstandet aufgeführt werden konnten, wird der Vereinsvorstand Beschwerde an die Regierung und eventuell an das Ministerium erheben und da wird es sich hoffentlich herausstellen, ob die beiden Dinge wirklich so sittenpolizeiwidrig sind. Wir konnten trotz mehrfachen genauen Durchlesens absolut nichts entdecken, was gegen die Sitten zu verstoßen geeignet erschien, aber wir wollen uns auch nicht anmaßen zu behaupten, daß dies nicht dennoch der Fall sein kann, es wird dies wol bloß an unseren andern gearteten Sittenbegriffen liegen; denn es ist uns schon wiederholt passiert, daß wir etwas für unsittlich gehalten, was wieder andere Leute, die oben drein für streng kirchlich gelten, nicht bloß für sittlich hielten, sondern selbst übten. Wir unterwerfen uns ja auch in anderen Sachen von manchen unserer Gegner, die sich durchaus nicht geniren, uns Sozialisten öffentlich vorzuwerfen, wir wollten die freie Liebe einführen, und welche dieselbe trotz dieses Vorwurfs selbst fleißig üben. Doch zurück zu unserem halbverbotenen Vereinsvergnügen. Dasselbe ist trotzdem gut ausgefallen und auch der Verein ge-

beht unter der uns gewidmeten fürsorglichen Aufmerksamkeit bestens und, das mindert unseren Schmerz wegen des Teaterausfalles wesentlich herab. Sorge bereitet uns bloß noch der Gedanke, daß es in Zukunft der Gleichheit wegen, die vor dem Gesetz bestehen soll, — anderen Vereinen, z. B. dem Kriegervereine, ähnlich wie uns ergehen könnte, doch hoffen wir das Beste.

**Waldburg.** Auch in Jena hat sich nach der „Zhr. Tribune“ der Hirsch-Dunker'sche Ortsverein der Maler aufgelöst! — Sehr vernünftig, denn die Hirsch-Dunker'sche Gewerkschaft hilft den Arbeitern absolut nichts. Die Porzellanmalerei, einst eine „gute“ Branche, ist heute auch vom Kunsthandwerk herabgesunken zur elendsten Fabrikarbeit. — Die Lehrlingszuchterei hat eine große Ueberproduktion an Arbeitskräften erzeugt und das machen sich die Arbeitgeber zu Nutze, indem sie tüchtig auf die Löhne drücken. So bezahlt eine Fabrik in der R. . . . straße den bei ihr beschäftigten Malern für 1 Duzend Tassen mit Farbensond (Grund), koloriertem Druck und Rand u. s. w. — 50 Pfennig. Da muß ein Maler täglich von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr angestrengt arbeiten, wenn er wöchentlich 6 Mark verdienen will. Die Fabrik hat natürlich auch ihre „Arbeitsordnung“. Einer der Paragraphen lautet: „Wer einige Minuten nach 7 Uhr in Arbeit tritt, zahlt jedes Mal 30 Pfennig Strafe.“ Sehr oft ist nicht genug Arbeit vorhanden und die Maler müssen stundenlang müßig dastehen. Das schadet aber nichts, falls einer der Arbeiter zu spät kommt, muß er trotzdem das Strafgeld zahlen. Beschwert sich Jemand über zu geringen Verdienst, so giebt's den Bescheid, daß er nicht mehr brauche, „in der Volksküche könne man ja jetzt sehr billig essen“. Als an einem der letzten Tage zwei Arbeiter die Arbeit niederlegten, weil ihnen der Lohn zu niedrig war, bestimmte der Fabrikbesitzer, daß dieselbe Arbeit für denselben Lohn dem nächsten Gehilfen übertragen werde sollte. Dieser weigerte sich aber und erklärte, lieber sofort aufhören zu wollen, als für diesen Preis die Arbeit herzustellen. Es gab einen kurzen Wortwechsel, der damit endete, daß der Fabrikant den Arbeiter wegen „Aufreizung“ verhaften lassen wollte. Ein Schutzmann u. s. w. auch wirklich geholt und der Arbeiter ging mit der Revolverwache. Bei Aufnahme des Protokolls meinte der Revier-Lieutenant, es sei doch wirklich nicht notwendig, die Schutzleute mit solchen Appellen zu behelligen. Es wurde schließlich dem Arbeiter ein Schutzmann nach dem Komptoir der betr. Fabrik mitgegeben und in dessen Gegenwart erfolgte die Auszahlung des rückständigen Lohnes. Damit war die Sache nun endlich erledigt. — In der Umgegend liegen die Verhältnisse nicht viel anders. In der Fabrik zu Königszelt sollen gegen 40 Burschen beschäftigt sein.

**Neustadt D.S.** Können Sozialdemokraten Innungsmeister werden? Diese, wegen des § 100e der R.-G.-D. wichtige Frage beschäftigt zur Zeit den Oppelner Bezirksauschuß. Den Webermeistern Berger und Keder zu Neustadt D.S., zwei Sozialdemokraten, war die Aufnahme in die dortige Weberinnung verweigert worden mit der Begründung, daß von ihrer Mitgliedschaft ein „unheilvoller“ Einfluß auf die Innung zu befürchten sei. Der Magistrat als Aufsichtsbehörde erkannte, daß die Zurückweisung mit Recht erfolgt wäre, aber lediglich mit Rücksicht darauf, daß die Betroffenen nicht den Nachweis einer geordneten dreijährigen Gesellenzeit erbringen könnten. Nun klagen Berger und Keder sowohl gegen den Magistrat wie gegen die Innung. Die Vertreter der Letzteren erklärten, daß sie nach § 126 der R.-G.-D. zur Zurückweisung von Sozialdemokraten befugt seien, da solche nicht die gesetzlich erforderte Gewähr für die sittliche und religiöse Erziehung der Lehrlinge böten; auch müßte sich die Innung dagegen schützen, zu einem Agitationsfelde für sozialdemokratische Ideen gemacht zu werden. Der Bezirksauschuß beschloß dem „Oberschlesischen Anzeiger“ zufolge bei dem Ober-Verwaltungsgericht wegen einer prinzipiellen Entscheidung über diesen „Rechtsfall“ anzufragen. Wir sind der Meinung, der Bezirksauschuß hätte zunächst nach eigenem Ermessen zu urteilen gehabt. Sache der durch das Urteil nicht befriedigten Partei wäre es dann gewesen, die höchste Instanz anzurufen.

**Ratibor.** Klatschbasen männlichen und weiblichen Geschlechtes sind in Ratibor in diesen Tagen eifrig um die Verbreitung zum Teil blöder, zum Teil boshafter Gerüchte bemüht gewesen. Das „Verschwunden“ eines Dienstmädchens, das übrigens tatsächlich nicht verschwunden war, sondern sich im Krankenhaus befand, hat eine phantasiervolle Klatschbaste zur Erleichterung einer Mordgeschichte veranlaßt, die rasch folportirt wurde. Man erzählte sich, daß das verschwundene Dienstmädchen im Keller des Hauses, in welchem sie diente, mit durchschnittenem Halse als „tote Leiche“ gefunden worden sei. Schauderhaft! Zur Beruhigung der

aufgereizten weiblichen Gemüther teilt man mit, daß die „tote Leiche“ in Sachsen, lebendig vom Kopf bis zu den Füßen, tagwandelt. Von einer entsetzlichen Mißhandlung einer Prostituirten wurde in diesen Tagen ebenfalls gefabelt. Ueber diese Schaudergeschichten kann man immerhin hinwegsehen. Schlimmer aber steht es um den Eifer der Klatscher hinsichtlich anderer Gerüchte. Wenn sich ein boshafter Mund an eine junge Ehe gewagt hat, wenn dieser oder jener durch ein Gerücht erschreckt wird, das ihm eine schwere Erkrankung oder gar den Tod andichtet, dann kann man nur wünschen, daß diejenigen, von denen solche Gerüchte ausgehen, ermittelt werden könnten.

**Gleiwitz.** Bobenloser Leichtsin oder schäbigste Niedertracht ist es, daß von Seiten der „Ordnungs-Presse“ gelegentlich des hiesigen Mühlenbrandes gesagt wurde, es wären einige Arbeiter als Brandstifter entdeckt und verhaftet worden. — Das ist flinkend gelogen! Sie wurden, weil sie dem Kommando nicht mit der wünschenswerten „Pünktlichkeit“ Folge leisteten, einfach von der Brandstelle verwiesen! — Erkennt auch hier wieder, Ihr Männer der Arbeit, daß Ihr mit zweierlei Maß gemessen werdet, und werft die Ordnungsblätter zum Fenster hinaus. Abonniert auf die „Volkswacht“!

**Greiffenberg, 4. März.** Gestern Vormittag lösten sich während des Rangirens bei Bahnhof Greiffenberg von einem Güterzuge zwei Wagen und fuhren infolge der Gewalt des herrschenden Sturmes mit vermehrter Schnelligkeit dem Bahnhof Langenbils entgegen. Hier war, wie berichtet wird, bereits aus Greiffenberg telegraphische Nachricht eingetroffen, so daß die Waggons rechtzeitig auf ein Nebengleise, auf welchem jedoch ein mit Kohlen beladener Wagen stand, geleitet werden konnten. Durch den unermesslichen Anprall wurden die drei Wagen total zertrümmert und somit ist ein immerhin nicht gerade geringer Schaden entstanden. Obwohl längs der Strecke die Barrikaden geöffnet waren, ist glücklicher Weise ein weiterer Unfall verhütet worden.

**Strehlitz.** Der „Gebirgs-Vote“, rühmlichst bekannt durch den Segerstreik, macht sich in Nr. 46 über eine in Sagan stattgefundene Versammlung zur Gründung eines Tischlerverbandes lustig. Das Blatt bemerkt, die Zahlstelle hat per Tischler Scheer daselbst übernommen, einzunehmen gebe es aber nichts. Der saubere „Vote“ muß es ja wissen!

**Vereins-Kalender.**

- Breslau.** „Es werde Licht!“ Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckergerwerbe beschäftigten Arbeiter. Montag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gasthaus „zu den drei Lauben“, Neumarkt. Tagesordnung: 1. Vortrag eines hiesigen Parteigenossen. 2. Diskussion darüber. 3. Ergänzungswahl zum Vorstande. 4. Freie Anträge. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Monatsbeiträge erhoben werden, und erscheint daher vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein zu Breslau. Jeden Montag, Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zu den drei Lauben“, Neumarkt 25. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Verein der Litographen, Steindrucker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Breslau). Jeden Montag Abends; jeden Montag nach dem ersten eines Monats Mitglieder-Versammlung. Vereinslokal: Café Restaurant Carlstraße. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Verein deutscher Schuhmacher. Jeden Montag mit Ausnahme des Montags nach dem 15 jeden Monats, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung im Restaurant Habel, Kleine Grobchengasse 15. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Skatklub „Kote Hand“. Montag, Abends 8 Uhr, Berliner Chaussee 1.
- Breslau.** Lese- und Diskutirklub „Gleichheit“. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „zum Raben“, Vorwerkstr. 47. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Lese- und Diskutirklub „Freiheit“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „zum Rosenhain“, Subwigstraße 6. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider-Deutschlands. (E. H. Braunschweig). Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupferknechtstraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Deutscher Schneider-Verband. Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupferknechtstraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Breslau.** Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen. (Zahlstelle Breslau). Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Vereins- und Kassenabend in Jänisch Brauerei, Geinrichstraße Nr. 2.

### Todes-Anzeige!

Am 5. d. M. verschied nach langen schweren Leiden unser langjähriger Colleague und Mitarbeiter, der Strohhut-Arbeiter

## Benjamin Misch

im ehrenvollen Alter von 61 Jahren.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Seine Collegen der Strohhutfabrik von Rabatt & Guttman.

### Die Jahreshauptversammlung

## Gewerbegerichts-Wahlen

werden ersucht, dieselben zwecks Abrechnung sofort in der Expedition abzuliefern.

Die Commission.

### Lese- und Discutir-Club „Freiheit“.

Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Kulm's Lokal, Ludwigstrasse 3, „zum Rosenbain“.

Zu 8. März ist folgende Tagesordnung:

- 1. Vortrag: Das Dreiklassenwahlsystem. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

### Lese- und Diskutirklub „Gleichheit“.

Dienstag, den 8. März 1892:

## Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „zum Kebab“, Borwertsstraße 47.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

### Socialdemokratischer Lese- u. Discutir-Club „Solidarität“.

Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Herrn Rüster, Lehmbaum 28.

Mittwoch, den 9. März ist folgende Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Genossen Kay. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NR. Des hochinteressanten Themas wegen, welches unser Referent behandeln wird, werden die Genossen ersucht, recht zahlreich, vor allen Dingen aber pünktlich zu erscheinen. Kay Schluß der Versammlung Aufnahme neuer Mitglieder.

### Achtung!

## Gewerkschafts-Kartell für Breslau und Umgegend.

Die Mitglieder-Versammlung findet Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr in dem Lokal des Herrn Martin, H. Groischengasse 10, bestimmt statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes über die Lokalfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## Arac, Rum und Cognac,

selbst importiert, in allen Preislagen, en gros & en détail.

### ff. Punsch:

Savana, Burgunder-, Kaiser-Wein u. Punsch u. Glühweinstricke.

### ff. Original- und Tafel-Liqueure:

Mannberger Klosterbitter, Mandarinen-Ginger, Nachod, Benedictiner.

Chartraine, Cacao, Curaçao,

Alter Breslauer Bohn mit Wein abgezogen,

Johannisbeerkampagner, Johannisbeerwein,

sehr geliebt, ohne jeden Spritus.

ff. Brombeer-, Himbeer-, Johannisbeer-, Girsch- und Citronen-

Syrup, Essigsprit, ff. Frucht- und Weinessig.

ff. Tafelmörsch empfiehlt

## Hermann Seidel.

Verkaufsstellen: Ring 27 im Ausschank im Hansflur im Comptoir im Hofe.

## Die Geschichte der Kommune von 1871

von G. G. G. G.

2. vom Verfasser durchgeführte Auflage. (X. Band der Internation. Bibliothek. Preis 3,00 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Gemischtes Brot (Weizen Roggen Mais) 4 Pfd. 50 Pfg. A. B. Schierse, Renscherstraße 10.

Th. Muszynski's Sargmagazin Gräbischnerstr. 40

empfiehlt sein großes Lager von den einfachsten bis zu den elegantesten

## Särge

zu den billigsten Preisen.

## Carl Schäfler,

Sorgau.

Schneidermeister,

umfaßt sich den Genossen des Waldenburger Kreises zur beginnenden Frühjahrs-Saison zur Anfertigung von

## Anzügen

von 20 Mark an bis zu den feinsten Genres.



Durch die Expedition der „Volkswacht“

sind folgende Schriften zu beziehen:

Welterschöpfung und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler.

Das lebhaft Entgegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurteilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu verbessern und zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist.

Ferner sind zum besseren Verständnis weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternkarten dem Werke beigegeben worden.

Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Welterschöpfung“ u. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung des Himmels und Erde zählt, — in der Billigkeit des Preises dürfte es noch keinem andern erreichen.

Die „Welterschöpfung“ u. ist eine notwendige Ergänzung von Sammel's „Geschichte der Erde“.

Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Welterschöpfung“ u. in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk liegt in 15 Lieferungen komplett vor.

Probefeste liefert jeder Kol orten.

Dr. H. Zimmermann's Großer Deutscher Sauerkrautrieg. Illustr. Volksausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf. Kautsky, Thomas Marc. Geb. Mk. 2,50

Commeil, H. Johannes Kap. 7. 8. Historische Studie. 25 Pf.

Sebel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2,50

Soeben erschienen:

Die christliche Kirche und der Sozialismus. Eine sozialwissenschaftliche Skizze auf die Geschichte des XIII. von Kurt Falt.

Preis 35 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und Colportage dieses Blattes.

## J. Kaluza,

Schuhmacherrstr.,

## Girschstraße 17,

empfiehlt

sein großes Lager von

## 20b) Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder.

Konfirmations-

schuhe

in großer Auswahl

zu billigsten Preisen.



## Der sozialdemokratische Staat

### Grundzüge

einer mutmaßlich ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems.

Mit zwei graphischen Darstellungen.

Von Oswald Köhler.

Das Buch erscheint in ca. 14 Bogen des jetzt für die Parteiliteratur eingeführten Normalformats und kostet broschirt 1,20 Mk., in Prachtband gebunden 1,60 Mk.

Ausgabe des kompletten Werks Ende September. Um die Anschaffung zu erleichtern, erscheint auch eine Heftausgabe, 6 Hefte à 20 Pf., bis jetzt 3 Hefte erschienen und wird innerhalb 3 Wochen auch diese Heftausgabe komplett sein.

Der Verfasser, den Genossen durch sein Werk „Welterschöpfung und Weltuntergang“, sowie durch seine populärwissenschaftlichen Arbeiten für den „Neue Welt Kalender“ bekannt, versucht in 12 Abschnitten die Maßregeln darzustellen, welche zur Ueberführung der heutigen Gesellschaft in den sozialdemokratischen Staat nötig werden dürften, und die ersten Formen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schildern.

Das Buch kann sowohl in der Heft-, wie in der Buchausgabe durch die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung, durch jede Sortiment- und Kolportage-Buchhandlung, sowie durch die Expedition dieser Zeitung bezogen werden.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Kürnberg, Anfang September.

Wörlein & Comp.

Soeben erschien:

## Anleitung zur Benützung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht.“



Zu zweiter Auflage soeben erschienen:

## Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart.

Von Franz Mehring. Mit einem Nachwort des Verfassers zur neuen Auflage.

Preis 80 Pfennig

Kürnberg. Wörlein & Comp.

## Die christliche Kirche und der Sozialismus.

Eine sozialwissenschaftliche Skizze auf die Geschichte des XIII. von Kurt Falt.

Preis 35 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und Colportage dieses Blattes.